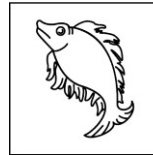


EINWOHNERRAT



Gemeinde
HORW

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Claudia Stadelmann
Telefon 041 349 13 01
E-Mail claudia.stadelmann@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung vom 25. April 2024
Sitzungsdatum 25. April 2024, 16.00 – 20.20 Uhr
Sitzungsort Aula Schulhaus Zentrum
Vorsitz Larissa Lehner-Graf

PROTOKOLL NR. 422

Anwesend	29 Einwohnerratsmitglieder	Entschuldigt	- Schwegler Charlotte, L20
	5 Gemeinderatsmitglieder		- Schemm Noel, L20, anwesend bis 20 Uhr
	1 Gemeindeschreiber		- Nater Eliane, L20, anwesend ab 20 Uhr

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag Nr. 1726 A Zusatzbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw»5
2. Bericht und Antrag Nr. 1742 Planungsbericht Digitalisierungsstrategie 11
3. Bericht und Antrag Nr. 1744 Klimaschutzbericht..... 17
4. Fragestunde..... 26
5. Postulat Nr. 2024-775 von Pius Barmet, GLP, und Mitunterzeichnende: Erhöhung der Aufenthaltsqualität Gemeindehausplatz 32
6. Dringliche Interpellation Nr. 2024-777 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnende: Prügelweg Steinibachried 34
7. Interpellation Nr. 2024-774 von Pius Barmet, GLP und Mitunterzeichnender: Repair-Café 34
8. Interpellation Nr. 2024-775 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnende: Vereinsförderung - Wir fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt 34
9. Interpellation Nr. 2024-776 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnende: Öffentliche Nutzung von Teilbereichen der Villa Krämerstein 36
10. Einfache Anfrage Nr. 2024-140 von Urs Rölly, FDP, und Mitunterzeichnenden: Versand Abstimmungsunterlagen zur Ortsplanung Horw vom 3. März 2024 37

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Mitteilungen

Wir haben ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Reto von Glutz wird heute 44 - ganz herzliche Gratulation.

Wir alle haben mit den Wahlen vom kommenden Sonntag eine intensive Zeit hinter uns und ich wünsche Ihnen allen für den Schlussspurt viel Energie und viel Erfolg. Ich möchte mich auch bedanken für die Kollegialität, die ich trotz des Konkurrenzkampfes immer wieder zu spüren bekommen habe. Es ist sehr schön, dass wir auch überparteilich während den Standaktionen zusammen plaudern, diskutieren, lachen und sogar anstossen konnten.

Repräsentationen

22. März 2024: Generalversammlung Quartierverein Winkel
19. April 2024: Generalversammlung Quartierverein Biregg

Durch Vizepräsidentin Bettina Beck Bertschmann wahrgenommen:

23. März 2024: Vereinsversammlung Samariterverein
25. März 2024: Generalversammlung Spitex
13. April 2024: Jodlerabig Jodlerklub Heimelig

Entschuldigungen

Charlotte Schwegler, L20, hat sich entschuldigt.

Noel Schemm, L20, muss die Sitzung aus beruflichen Gründen um 20 Uhr verlassen. Ebenfalls aus beruflichen Gründen wird Eliane Nater, L20, spätestens um 20 Uhr bzw. nach dem Abendessen zu uns stossen.
Das heisst, wir sind momentan 27 stimmberechtigte Mitglieder.

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

Einbürgerungen

Seit der letzten Sitzung wurde fünf Personen das Gemeindebürgerrecht von Horw zugesichert.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 421 der Sitzung vom 21. März 2024 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt. Besten Dank an Heike Sommer für das Verfassen des Protokolls.

Neueingänge

2. April 2024: Interpellation Nr. 2024-778 von Stefan Maissen. FDP, und Mitunterzeichnenden: Reichen die Horwer Hallenflächen für den Vereins- und Breitensport?
8. April 2024: Postulat Nr. 2024-780 von Eliane Nater, L20, und Mitunterzeichnenden: Förderung der Direktvermarktung von Horwer Landwirtschaftsprodukten
9. April 2024: Dringliche Interpellation Nr. 2024-779 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Sicherheit und Signalisation von Baustellen in Horw

Begründung Dringlichkeit

Die Dringlichkeit meiner Interpellation begründe ich damit, dass es um die aktuelle Sicherheit auf und neben den Strassen von Horw geht, die dringend verbessert werden

Jürg Biese (FDP)

muss. Wir haben aktuell viele Baustellen auf den Hauptverkehrsachsen in Ausführung und einige davon sind bezüglich der Signalisation und Sicherheit von den Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer nicht gut eingerichtet. Beispiele könnte ich einige nennen, das gehört aber nicht zur Begründung der Dringlichkeit.

Mir ist bewusst, dass das ein Dauerbrenner ist und man darum sagen könnte, dass diese Interpellation nicht dringlich zu behandeln sei. Aber aktuell sind so viele Baustellen in Ausführung, dass ich keine Zeit verlieren möchte.

Es soll es Zeichen gesetzt werden, dass unsichere Baustellen in Horw nicht akzeptiert werden. Wir ermutigen und legitimieren damit die Verwaltung, die im Übrigen einen guten Job macht, genauer hinzuschauen und zu intervenieren.

Je schneller die Fragen meiner Interpellation beantwortet und etwas unternommen wird, desto weniger gefährliche Situationen und damit potenzielle Unfälle gibt es. Darum bitte ich Sie, die Interpellation als dringlich zu überweisen.

Der Gemeinderat lehnt die Dringlichkeit ab, weil das Thema kein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht hat, sodass die Öffentlichkeit umgehend eine politische Stellungnahme vom Gemeinderat erwarten würde. Das Anliegen verträgt problemlos einen Aufschub und wird auch bei einer ordentlichen Behandlung nicht wegen Zeitablauf gegenstandslos. Das Anliegen tangiert auch kein laufendes Verfahren.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Die Beantwortung der Interpellation und die Interpellation selber ist sowieso mehr für das Schaufenster, denn wenn man uns meldet, dass etwas nicht gut ist, dann kann die Verwaltung sofort handeln. Das ist eigentlich unabhängig davon, wie man die Fragen beantwortet. Aus Sicht des Gemeinderats sind die Kriterien für die Dringlichkeit bei diesem Vorstoss nicht gegeben.

Könnte Gemeinderat Thomas Zemp noch erklären, was er meint mit «für das Schaufenster»? Es geht wirklich um die Sicherheit von diesen Baustellen und ich will nicht irgendeinem Angehörigen sagen müssen, dass irgendjemand verunfallt ist, weil wir jetzt so eine Interpellation hinausgeschoben haben.

Jürg Biese (FDP)

Die Interpellation löst ja das Problem nicht. Man muss bei der Baustelle intervenieren und der richtige Ansatz wäre, wenn man eine Unsicherheit feststellt, dies in erster Linie einmal der Polizei meldet, denn die können sofort vor Ort sein und handeln. In zweiter Linie kann man sich auch bei uns in der Gemeinde melden.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Wir wissen, dass nicht alle Baustellen mustergültig geführt werden, das weiss Herr Biese genauso. Das ist weder abhängig von den Unternehmen noch abhängig von der Gemeinde, sondern ist abhängig von den einzelnen Leuten, die auf diesen Baustellen sind, die ihren Job entweder gut oder eben nicht gut machen. Es ist auch so, dass wir die regelmässig darauf aufmerksam machen. Bei grösseren Baustellen ist die Baustellensicherheit in jeder Baustellensitzung ein Standard-Traktandum und von dort her gesehen ändert die Interpellation jetzt nichts, ob man sie heute oder erst in drei Monaten beantwortet. Dass wir den Baustellen nachgehen, die Herr Biese gemeldet hat, das ist selbstverständlich so.

Es ist mir ein Anliegen, meinen Kollegen hier noch ein bisschen zu unterstützen, weil einfach so wegen lustig und Schaufenstern geben wir nicht eine dringliche Interpellation ein. Zudem haben wir das auch als Fraktion unterschrieben. Bevor ich das unterschrieben habe, habe ich ihn gefragt, ob es denn aktuelle Baustellen gibt, dass es eine Dringlichkeit sein muss, die man eingibt.

Ruth Strässle-Erisman (FDP)

Ich verstehe Herrn Zemp, dass man alles der Gemeinde melden kann, aber dann wären wir bei X Interpellationen in dieser Situation, wo wir alle telefonieren und die Fragen direkt stellen. Ich glaube, wenn man weiss, dass gerade eine Einwohnerratssitzung bevorsteht, dann ist es legitim, dass man eine dringliche Interpellation eingibt. Wenn diese überwiesen wird, dann könnte sie heute im Rat auch ganz einfach erledigt werden und müsste nicht mit Mehraufwand noch überwiesen werden und dann am Schluss muss es noch schriftlich kommen. Also ich sehe das nicht ganz so, wie das Herr Zemp formuliert hat.

Ich muss Frau Strässle ein bisschen widersprechen. Man kann auch bei der Gemeinde anrufen und nicht gerade irgendeinen politischen Prozess auslösen. Man kann auch sagen, man hat auf der Baustelle XY ein Problem gesehen, sie sollen doch nachschauen. Aber man muss nicht jedes Mal eine Interpellation auslösen.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Die Antwort von Herrn Zemp zeigt ja, dass es eine Öffentlichkeit braucht. Wenn er bei den Unternehmen und deren Mitarbeitern nicht durchdringen kann, dann braucht es einen gewissen öffentlichen Druck oder eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit, dass uns das wichtig ist, dass die Baustellen sicher sind. In dem Sinne ist es richtig, dass man das auch öffentlich hier behandelt und nicht nur mit einem Telefon, das man dann halt noch einmal und noch einmal führen muss, behandelt.

Urs Steiger (L20)

Ich will meine Vorredner noch unterstützen, und zwar finde ich die Ausdrucksweise «eine Interpellation für das Schaufenster» unangebracht. Wenn man nämlich ein Postulat gebracht hat mit einer Forderung nach einem Meldesystem, das dann auch Konsequenzen für die entsprechenden Bauvorhaben oder Bauunternehmer hat, dann hätte man das nämlich auch nicht wollen und abgelehnt. Dass sich jetzt die Bevölkerung jedes Mal selber melden soll, das ist unzumutbar.

Philipp Peter (L20)

Ich will dazu kurz ein Beispiel erwähnen. Letzte Woche bin ich den direkten Weg weggegangen und war zweimal selber auf der Baustelle, die vor dem Otto's im Moment durch die See-Energie betrieben wird, habe mit dem Polier beziehungsweise Bauführer vor Ort gesprochen und gesagt, er solle doch bitte die laufenden Gabelstapler und Baufahrzeuge nicht mehr auf dem Trottoir abstellen, so dass alle Schulkinder über die Hauptstrasse ausweichen müssen. Die Antwort ist dann jeweils gewesen, ich sei nicht der Erste, der käme. Sie wissen es und passiert ist genau nichts. Also das ist letzte Woche dreimal vorgekommen. Ich habe es dann nicht für nötig gehalten, das noch zu fotografieren. Aber einfach zur Überwachung von diesen Baustellen: offensichtlich ist man sich dort dieser Sicherheitsfrage zu wenig bewusst.

Nur noch schnell zur Ergänzung, was Herr Camenzind gesagt hat. Herr Thomas Zemp weiss es, ich habe schon vier- oder fünfmal auf der Gemeinde angerufen und Baustellen in den letzten paar Jahren gemeldet, wenn ich unsichere Situationen auf meinen Jogging-Rundgängen durch Horw festgestellt habe. Jetzt ist es mir einfach darum gegangen, bevor ich eine Motion oder eben ein Postulat mache, wie Herr Peter gesagt hat, wo ich verlange, dass man irgend so eine Stelle installiert, die sich darum kümmert, habe ich mir jetzt erlaubt, diese Fragen zu stellen. Also es ist nicht so, dass ich jetzt erstmalig damit komme. Ich habe das schon vier- oder fünfmal eingebracht, aber es geht einfach zu wenig.

Jürg Biese (FDP)

Ich will nur kurz daran erinnern, dass wir jetzt nur über die Dringlichkeit reden. Also ich bin mit der Seite da sehr einig, dass das eine gute Interpellation ist und dass es gut ist, dass man die Fragen stellt, dass es auch an die Öffentlichkeit kommt, aber es geht jetzt nur um die Dringlichkeit und da sehe ich eigentlich die Argumente von Herrn Zemp schon.

Marc Wiest (Die Mitte)

Abstimmung:

Der Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2024-779 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden, Sicherheit und Signalisation von Baustellen in Horw, wird mit 14:13 Stimmen zugestimmt.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Das heisst, es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Man könnte die Interpellation entweder heute als neues Traktandum 5 aufnehmen, sodass sie mündlich beantwortet wird, oder der Gemeinderat könnte die Antworten schriftlich bis zur nächsten Ratssitzung liefern.

Damit Herr Zemp nicht zu viel Aufwand hat, würde ich vorschlagen, dass er sie heute beantwortet.

Jürg Biese (FDP)

Das Geschäftsreglement gibt vor, dass dringliche Interpellationen innerhalb von 30 Tagen nach Erklärung der Dringlichkeit beantwortet werden. Ich bin nicht in der Lage, diese heute mündlich zu beantworten und biete das darum auch nicht an.

Thomas Zemp (Die Mitte)

In dem Fall wird die Interpellation schriftlich beantwortet und damit hat es sich zumindest für den Moment erledigt.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

1. Bericht und Antrag Nr. 1726 A Zusatzbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw»

Eintreten BVK

Sofia Galbraith (L20)

Die BVK hat eingehend den Zusatzbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw» von Locher Ingenieure und Kontextplan diskutiert. Dass was ursprünglich als «Veloschnellrouten» bezeichnet wurde, jetzt den konsolidierten Begriff «Velohaupttrouten» bekommen hat, ist nachvollziehbar. Eingehend wird bemerkt, dass bei der Diskussion des B+A Nr. 1726 Planungsbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw» im Einwohnerrat am 1. Juni 2023 Urs Steiger sagte: «Die BVK vermisst vor allem auch innovative Ansätze.» Der Zusatzbericht überprüft zu wenige innovative, für die Zukunft vielversprechende Alternativen für Velohaupttrouten, lediglich das System der Veloschnellrouten auf Stelzen, und verpasste so den Fächer der Lösungsansätze weiter zu spannen.

Wie schon der B+A Nr. 1726 Planungsbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw» als jetzt auch dieser Zusatzbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw» zutage bringt, sind Velohaupttrouten eine regionale und raumplanerische Herausforderung. Offenbar wird, wie wichtig es für die Gemeinde Horw ist, aufgrund der hohen Kosten für Velorouten auf Stelzen, als auch der Nachteile, der Rampen mit 6° Steigungen, die Niveau-Lösungen zu priorisieren und den dafür benötigten Platzbedarf zu sichern.

Der Zusatzbericht unterstreicht noch einmal die Wichtigkeit der Variante 9 durch den Rückbau der Sand+Kies AG, wo das Gleis frei wird und als Veloroute, wie in Luzern-Kriens das Freigleis, genutzt werden kann. Hier muss die Gemeinde Horw tätig werden, diese à Niveau-Veloverbindung für die Zukunft zu sichern. Spannend war auch die Variante 7: eine Überführung, die der Kanton jetzt anstelle einer Unterführung der Gleise südlich der Ringstrasse prüft, obwohl diese wohl nicht mit ca. 50 m Länge als Hauptroute zu sehen ist.

Es ist zu bemerken, dass die Gemeinde unbedingt Baulinien mit Flächenerwerb sichern und am Ball bleiben muss, um Routenverbindungen zu den Nachbargemeinden Hergiswil, Kriens und Luzern zu ermöglichen. Hier stehen auch rechtliche Hindernisse im Weg, denn Velohaupttrouten bekommen in Zukunft gleiche Wichtigkeit wie Autobahnen und Zugverbindungen mit Gleisen, jedoch sind sie noch nicht beim Bund mit den gleichen Rechtsgrundlagen bestückt und können deshalb nur schwer vorangetrieben

werden. Abschliessend zitiere ich Motionär Stefan Maissen während seines Eintretens vom 1. Juni 2023: «Wichtig ist in der Folge, dass die Erkenntnisse bei allen zukünftigen Raum- und Strassenplanungen einfließen und dass die grösseren Vorhaben auch in die übergeordneten Programme einfließen.»

Die BVK ist für Eintreten und für Kenntnisnahme.

Eintreten L20

Jonas Heeb (L20)

Die L20 bedankt sich für den Zusatzbericht, der aufgrund der klar überwiesenen Bemerkung an der Einwohnerratssitzung vom 1. Juni 2023 erstellt wurde.

Der Bericht ist eine gute Auslegeordnung und gibt einen guten Überblick über die geprüften Hochrouten und auch die jeweiligen technischen Faktoren betreffend die Umsetzung. Wir begrüssen auch, dass nebst den geforderten Prüfungen von längeren Routen auch kleinere realisierbare Abschnitte angeschaut und im Bericht dargelegt wurden, namentlich die Gleisüberführungen. Dies gibt eine gute und breitere Grundlage, die für die zukünftige Verkehrsplanung von Nutzen sein wird.

Was wir im Bericht dann aber vermissen, wie wir es von der BVK schon gehört haben, ist - für den Anfang mal grob gesagt - das Ziel des grossen Ganzen. Der Bericht beschäftigt sich stark mit den Kosten, der technischen Umsetzbarkeit und den Auswirkungen auf die Quartiere und die bisherigen Strassenführungen. Was dann aber eigentlich der Sinn und der grössere Nutzen dieser Routen auf Stelzen wären, wird nur sehr knapp dargelegt. Wenn wir die längeren Routen betrachten, würde es sich de facto nicht nur um kommunale, sondern um regional bedeutende Projekte handeln. Wie viel - gemessen an der heutigen Frequenz - Velo und je nachdem auch Fussverkehr tatsächlich darüber abgewickelt werden könnte, welche neuen Möglichkeiten dies schaffen würde oder was das für Luzern Süd für eine Bedeutung hätte, wird kaum erwähnt. Dabei geht es im Wesentlichen ja eigentlich genau darum, nichts ungeprüft zu lassen, um einen zukunftsfähigen Veloverkehr zu ermöglichen. Auf die Grundsatzfrage wird kaum eingegangen.

Die L20-Fraktion ist deshalb etwas irritiert, dass im B+A beispielsweise direkt verglichen wird, wie viel günstiger jetzt eine Route auf dem Boden gegenüber einem Stelzenprojekt wäre. Diese Irritation hat folgenden Grund: Wir stehen vor der Situation, dass jahrelang bzw. sogar jahrzehntelang das Auto als Hauptverkehrsmittel priorisiert wurde. Gleichzeitig leben wir in einer wachsenden Agglomerationsgemeinde, die sich über die Jahre stets verdichtet hat und sich weiter verdichten wird. Das bedeutet, es wird immer schwieriger, geeignete Lösungen für solche Velorouten zu finden. Und genau das ist ja das Hauptziel, dies zu erreichen. Da dies in der Vergangenheit verpasst wurde, kommen wir nun nicht darum herum, kreativ an dieses Problem heranzugehen. Und diesen Innovationsgeist vermissen wir in diesem Bericht grundsätzlich. Der Antrag, die diesen Bericht hier verlangte, ist aus einer Unzufriedenheit mit der ungenügenden Lösung, die im ersten Planungsbericht vorgelegt wurde, entstanden. Wir mussten damals feststellen, dass wenig auf eine fortschrittliche Lösung hingearbeitet wurde. Jetzt ist zwar die Aufgabe des Antrags erfüllt: Man hat diese Routen auf Stelzen geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Realisierung sich an mehreren Orten schwierig gestalten dürfte. Damit ist das Thema nun abgehakt - und man wird den Eindruck nicht los, dass das Abhaken das Hauptziel war -, aber leider ist weiterhin kein innovativer Ansatz vorhanden, um die Erstellung von Velorouten in Horw und damit eine massgebende Verbesserung für ein Verkehrsmittel, welches immer mehr und mehr genutzt wird, voranzutreiben.

Der Blick über den Tellerrand hätte sich gelohnt. Es hätte sich auch gelohnt zu schauen, was denn in Vergangenheit anders hätte gemacht werden können oder müssen, um für die Zukunft daraus zu lernen. Wir haben uns schon an der Sitzung vom 01. Juni im letzten Jahr klar dafür ausgesprochen, gewisse Areale bereits zu sichern, um

später nicht in die Situation zu kommen, dass aufgrund anderer Projekte zu wenig Platz vorhanden ist oder die Eigentümerschaft andere Pläne hat. Konsequenterweise müsste jetzt begonnen werden, die entsprechenden Gebiete für die weiterzuverfolgenden Varianten im heutigen Bericht zu sichern. Denn einfacher wird es in Zukunft nicht werden, diese Velorouten zu erstellen. Nach dem Fazit des Zusatzberichts müsste darum jetzt die Anschlussfrage ja sein: welche Optionen bleiben nun? Gibt es Möglichkeiten zur Kombination von Velorouten auf Stelzen und am Boden? Gibt es andere kluge Systeme oder Möglichkeiten? Wie fährt man mit diesen Ergebnissen nun fort? Wir fragen uns aber auch, ob das beigezogene Büro wirklich der richtige Partner für diese Aufgaben war und ist. Auch in den bisherigen Berichten war die Innovation nicht der wegleitende Gedanke.

Ich verzichte darauf, im Eintreten auf die einzelnen Varianten einzugehen und anzubringen, welche wir nun als geeignet ansehen und welche nicht. Diesbezüglich gibt der Bericht sehr gut Auskunft, dem ist auch nicht mehr viel hinzuzufügen. Wir werden ihn auch zur Kenntnis nehmen und die Abschreibung von Stefan Maissens Motion nicht bestreiten. Wir sehen den Bericht aber klar als Symptom einer Schwierigkeit, die man aufgrund von Fehlplanungen und aus unserer Sicht falscher Prioritätensetzungen in der Vergangenheit geschaffen hat, die nun umso schwieriger zu lösen ist - und damit meine ich natürlich nicht nur den heutigen Gemeinderat, sondern auch Politikerinnen und Politiker, die vor all unserer Zeit in Horw tätig waren. Daher fordern wir jetzt aber den Gemeinderat auf, die entsprechenden Schritte für die machbaren Optionen einzuleiten. Denn selbst wenn nur ein Bahnübergang daraus realisiert werden soll, ist es eine gute Ergänzung für die weitere Planung der Velorouten in Horw. Es sei auch noch angemerkt, dass die Notwendigkeit nach weiterer Förderung des Velo- und Fussverkehrs umso deutlicher sichtbar ist, wenn wir später den Klimabericht diskutieren werden, der offensichtlich darstellt, dass die Mobilität ein entscheidender Faktor für die CO2-Bilanz ist.

Eintreten Die Mitte/GLP

Pius Barmet (GLP)

Die Mitte/GLP-Fraktion hat den Zusatzbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw» letzten Donnerstag besprochen. Der Zusatzbericht zum Konzept Velohaupttrouten gründet aus der Einwohnerratssitzung vom 1. Juni 2023, als das Konzept Velohaupttrouten beraten wurde. Mit einem Antrag auf Bemerkung wurden Abklärungen zur Machbarkeit einer Velohochroute auf Stelzen gefordert.

Auf den ersten Blick scheint das Konzept tatsächlich clever. Es ist naheliegend, bei fehlendem Platz im Siedlungsgebiet in die Höhe auszuweichen, um damit Verkehrsfläche für den zunehmenden Veloverkehr zu schaffen und gleichzeitig den Veloverkehr auch gleich noch von den anderen Benutzern zu entflechten. Es lag also auf der Hand, das Anliegen vertieft zu prüfen. Dabei zeigten sich dann doch gewichtige Nachteile:

- Der Platzbedarf, insbesondere für die Rampen zur Hochroute, ist gross und die Rampen wären gar nicht so einfach zu realisieren.
- Die Foundation für eine längere Route sind auch mit erheblichem Aufwand verbunden.
- Und dann hauptsächlich die Kosten. 50m Velohochroute würden über eine Million Franken kosten. Somit würden auch kurze Abschnitte die Investitionsmöglichkeiten von Horw rasch übersteigen.

Somit müssen wir feststellen, zurzeit sind Hochrouten für Horw als Haupttrouten nicht realisierbar.

Wir finden es wichtig, dass immer wieder auch neue Szenarien geprüft werden. Zukunftsweisende Ideen sind also weiterhin gefragt und wir motivieren Behörden, Amtsträger aber auch die Bevölkerung, weiterhin die Augen offen zu halten für Ideen aus

Städten in der Schweiz oder vielleicht auch aus den bekannten Velohochburgen wie Kopenhagen oder Amsterdam.

Zurück zu unserer lokalen Situation: wir sind froh, dass hier ein konkretes Modell geprüft wurde. Wir bedanken uns für die vorliegende Klärung der Machbarkeit und empfehlen dem Einwohnerrat Kenntnisnahme des Planungsberichtes. Wir sind auch der Ansicht, dass nun die Motion 2021-315 abgeschrieben werden kann.

Eintreten FDP

Stefan Maissen (FDP)

Der vorliegende Bericht zeigt nochmals eindrücklich die Herausforderungen bei der Planung von Velohaupttrouten im dicht bebauten Gebiet. Solche Routen sollen schnelles, sicheres und effizientes Velofahren ermöglichen. Sie erlauben durch direkte Verbindungen das Zurücklegen von grösseren Distanzen. Entscheidend ist dabei die Kontinuität - gewährleistet durch eine geringe Anzahl Kreuzungen - und die Länge der Route. Hochbahnen würde diese Bedingungen eigentlich optimal erfüllen und könnten für die Verkehrspolitik ein veritabler Befreiungsschlag sein. Leider zeigt der ein bisschen einfach gehaltene Bericht aber eher die Grenzen als die Möglichkeiten von solchen Hochbahnen. Die wichtigsten Herausforderungen bei den Hochbahnen sind:

- die allgemeine Flächenverfügbarkeit
- die Platzierung der Rampen für die Auffahrten
- die Quartier- und Ortsbildverträglichkeit
- und last but not least die Kosten, namentlich für den Bau der Foundationen und der Stelzen.

Insofern ist dieser Zusatzbericht etwas ernüchternd für die Horwer Velowegplanung. Zumindest ist aber eine mögliche visionäre Lösung jetzt ernsthaft untersucht worden. Für zwei oder drei kurze Abschnitte gibt es allfällige Optionen in der Wegführung, auch wenn diese prima vista im Kosten-Nutzenverhältnis wenig sinnvoll scheinen. Gerade beim Bahnhof ist der Ausbau der Unterführung sicher die bessere Lösung.

Noch eine kleine Kritik zum Inhalt des Berichts: In der von uns überwiesenen Bemerkung habe ich Urb-x nur als Beispiel erwähnt, insofern erinnert der Bericht halt doch ein wenig an «Dienst nach Vorschrift». Aber wir danken dem Baudepartement für die rasche und konsequente Prüfung und die Zusammenfassung im vorliegenden Bericht. Und vielleicht motiviert dieser Exkurs in luftiger Höhe, in Zukunft vermehrt unkonventionelle, mutige Ansätze in die Planung einfließen zu lassen.

Positiv zu erwähnen ist auch, dass dank unserem Input das Industriegleis raumplanerisch für eine spätere Nutzung für Velo- und/oder Fussweg gesichert werden soll und dafür die Dienstbarkeiten und Rechte laufend gesichert werden sollen.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass auch noch ein abgehangenes Stück Industriegleise zwischen dem Gössi Carterminal und der Kreuzstrasse in Kriens besteht. Natürlich ist dieses Gleis zum grössten Teil auf Krienser Boden, die Führung für den Veloverkehr von der Unterführung Wegmatt zum Pilatusmarkt ist aber sehr unglücklich und im Mischverkehr mit den Fussgängern auch gefährlich. Da bitten wir die Gemeinde, beim Kanton und bei der Gemeinde Kriens entsprechend auf eine gute Lösung hinzuwirken und allenfalls ein Gleis für einen neuen Weg nutzen zu können.

Die FDP ist für Eintreten und Kenntnisnahme des Berichts und dann auch Abschreibung der Motion.

Eintreten SVP

Reto von Glutz (SVP)

Als Folge eines Planungsberichts und Auftrag aus dem Einwohnerrat wurde der Gemeinderat mit dem vorliegenden Zusatzbericht beauftragt, der ein bisschen zugespitzt mit dem Namen «Veloroute auf Stelzen für Horw» betitelt werden kann.

Von unserer Seite her ist vorab positiv festzustellen, dass die extern beigezogenen Fachplaner von der Kontextplan AG zuhänden des Einwohnerrats einen variantenreichen, umfassenden und auch kritischen Zusatzbericht veröffentlicht haben. Ausserdem ist auch mal etwas aus einer vielleicht ein bisschen futuristisch anmutenden Planung und Idee entstanden. Gegen das ist ja grundsätzlich nichts einzuwenden, liegen doch auch dem einen oder anderen öffentlich genutzten Bauwerk eine spezielle und vielleicht auch manchmal ein bisschen gar schräge Idee zugrunde.

Bezüglich diesen Veloschnellrouten auf Stelzen besteht allerdings ein hartes Terrain und so fällt auch die Beurteilung aus unserer Fraktion aus. So fallen uns vor allem die unverhältnismässig hohen Kosten pro Laufmeter auf, dies schon bevor wir überhaupt konkret die Materialien, Route und die Länge pro Variante ausgewählt haben und das alles in einer Zeit von einer sogenannten «Verdichtung nach Innen» - siehe Horw Mitte - und der allgemein verbreiteten Sorge um Privatsphäre. Unter diesen Aspekten werden es Routen auf Stelzen im Siedlungsgebiet bei den unmittelbar betroffenen Anwohnern wohl schwierig haben. Nach der allgemeinen Erfahrung bei Infrastrukturprojekten wäre auch mit Einsparungen, Enteignungen und Interessenskonflikten zu rechnen.

Ohne eine vorausschauende Planung, Raumsicherung und Kommunikation mit den unmittelbar betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern darf mit der Realisierung von Veloschnellrouten auf Stelzen schon gar nicht gerechnet werden. Umso mehr ist auch zu beachten, dass es gemäss Bericht eher kurze Strecken sind oder dass sie gar in kantonaler Hoheit liegen.

Wie bereits verschiedene Vorredner gesagt haben, stellen auch wir fest und legen Wert darauf, dass eine regionale oder gar interkantonale Stellungnahme beziehungsweise Prüfung vorgenommen und an die Hand genommen wird und eine Umsetzung - falls sie dann rechtlich und tatsächlich möglich sein sollte - auch gemeinsam realisiert wird.

Stand heute erscheint uns das ganze Anliegen eher gut gemeint, aber es ist weder dringlich noch unbedingt notwendig, schon gar nicht unter Berücksichtigung von den zuletzt veröffentlichten Zahlen aus dem Finanzhaushalt der Einwohnergemeinde.

Abschliessend sei der Fachbericht aber verdankt und gleichzeitig unser Parlament an seine Verantwortung im sorgsamem Umgang mit den Ressourcen von Geld und Personal als Folge von Zusatzberichten für das eine oder andere erinnert, vor allem wenn dann eher eine ernüchterte Kenntnisnahme im Einwohnerrat resultiert.

Die SVP-Fraktion ist aber für Eintreten, für Kenntnisnahme dieses Berichts und auch für das Abschreiben der Motion von Stefan Maissen.

Sprecher aus dem Rat

Marc Wiest (Die Mitte)

Vielleicht noch eine Anmerkung, die wir in unserer Fraktion noch diskutiert haben. Wir finden es wichtig, dass wir innovative Ansätze hineinbringen und uns allen stehen ja die parlamentarischen Mittel zur Verfügung, zum das auch zu machen. Ich würde wirklich auch darauf darauf hinweisen, dass wenn irgendjemand Ideen hat, dann können wir das jederzeit einbringen und eine Interpellation oder ein Postulat machen. Ich glaube, das wäre von jetzt an, mit diesen Abklärungen, die stattgefunden haben, der richtigen Weg.

Danke für Ihre Eintretensvoten. Ich entnehme daraus, dass BVK, L20 und die FDP eigentlich nicht zufrieden sind mit dem Bericht oder mit dem Umfang, respektive mit dem Scope, den man gemacht hat in dem Bericht, dass das Thema von den innovativen Lösungen zu wenig abgedeckt ist. Grundsätzlich ist es so, dass wir den Bericht gemacht haben aufgrund von dieser Bemerkung. Diese ist sehr genau formuliert gewesen, was man verlangt hat. Natürlich kann man jetzt sagen: «Dienst nach nach Vorschrift».

Thomas Zemp (Die Mitte)

Es ist aber für uns ein bisschen schwierig herauszufinden, was denn alles tatsächlich erwartet würde. Ich meine, wir haben in der BVK diskutiert über eine Tiefverlegung der Zentralbahn. Innovativ, könnten wir auch einmal klären, können wir aber heute schon sagen: das zahlt niemand. Wir könnten auch wieder über eine Unterführung an der Krienserstrasse reden oder über eine Überführung an der Krienserstrasse, mehr oder weniger innovativ, wissen wir aber auch schon, dass es nicht realistisch ist.

Auch dieser Bericht hat jetzt nicht wirklich etwas Überraschendes herausgebracht, aber es ist noch spannend gewesen zu sehen, und das hat Stefan Maissen meiner Meinung nach sehr schön zusammengefasst, insbesondere eben was das heisst mit der Rampe unter den städtebaulichen Aspekten, mit den Längen, wo man es realisieren kann und so weiter. Das das ist noch spannend. Das zeigt auch, dass es zwar eine Möglichkeit ist, aber vielleicht die Zeit in unseren Breitengraden noch nicht ganz reif ist dafür. Man kann das Problem von den fehlenden Verkehrsflächen für den Langsamverkehr natürlich schon ansprechen, aber letztlich muss man ja auch ehrlich sein und wenn man überlegt, wie kann man das Problem lösen, dann heisst es doch einfach, es geht Richtung Flächenumverteilung. Das ist einfach der Bär, den man nass machen muss, wenn man ihn waschen will, und wenn es um eine Flächenverteilung geht, dann reden wir nachher darum: was nehmen wir dem MIV weg? Welche Parkplätze nehmen wir weg? Die Stadt praktiziert das ja, sie hebt die Parkplätze auf, um Platz für Veloverbindungen zu gewinnen. Ob das in diesem Rat drin mehrheitsfähig ist, das bezweifle ich im Moment noch, dafür ist wahrscheinlich die Zeit noch nicht reif. Ich finde es einen spannenden Bericht, er ist sauber aufgebaut, er macht eine Aussage.

Wenn wir von kurzen Strecken sprechen, dort ist es natürlich klar, dann sind das mehr Behelfsbrücken, die man da einführt. Das hat überhaupt nichts zu tun mit Veloschnellrouten, denn auf einer kurzen Strecke wird sich jeder Velofahrer überlegen, ob er zuerst 6 Meter in die Höhe und nachher wieder 6 Meter hinunterfahren will für irgendwie eine Bahnlinie zu überschreiten oder ob er dann nicht lieber halt den unbequemen schmalen Weg nehmen will, der schon vorhanden ist. Das muss man sich dann genau überlegen.

Wir haben auch mehrfach die Geschichte mit dem Industriegleis gehört. Ich denke, das Industriegleis welches Richtung Kriens geht, ist eine Option. Das ist auch Bestandteil des Bogenwegs, den die Gemeinde Kriens realisieren will. Beim Industriegleis, das Richtung Sand+Kies AG geht, muss ich vielleicht ein bisschen die Erwartungen dämpfen in dem Sinn, das ist nicht ein Industriegleis, das ausgeschieden ist. Das Industriegleis verläuft entlang der Ebenastrasse auf Mischflächen. Man hat dann nicht einfach ein Trassees das verfügbar ist, sondern es geht über die Grundstücke von diesen Gewerbebetrieben dort. Wenn dort kein Zug fährt, dann stehen Autos herum oder es wird manövriert. So gesehen ist es nicht ganz einfach, dort einen Korridor zu sichern. Das würde dann noch andere Konsequenzen haben, aber wir haben das auf dem Radar. Ich glaube, die IG Gleisgenossenschaft hat nächstens wieder Generalversammlung, wo es sich dann auch zeigt, wie das langfristig weitergeht. Das zum Eintreten. Ich bin froh, wenn wir den Bericht durchberaten können.

Detailberatung Bericht und Antrag

2.2.2 Variantenbeurteilung inkl. Kosten

Stefan Maissen (FDP)

Ich möchte darauf hinweisen, dass die ausgeschiedenen Varianten, welche in Frage kämen - 6, 7 und 9 - ich glaube, die Länge von einer Strecke 50 Meter mit der Rampe zu bewältigen ist nicht die Idee von Hochrouten. Dort ginge es effektiv darum, dass man auf längere Distanzen ein Gebiet überbrücken könnte, wo dann kreuzungsfrei Velo gefahren werden könnte. Von dem her glaube ich auch dort nicht unbedingt, dass es die richtigen Konzepte sind für das.

Es wäre effektiv für lange Routen, da würde es sich lohnen. Von dem her glaube ich eben, wenn man nicht lange Routen realisieren kann, dann ist es allenfalls eine Unterstützungslösung, aber nicht wirklich ein Befreiungsschlag für die Verkehrspolitik.

6 Würdigung

Stefan Maissen (FDP)

Ich möchte da einfach noch schnell anfügen oder auch Herrn Zemp insofern unterstützen, dass ich ihm recht gebe. Die Velowegplanung ist eine Herausforderung. Für die Zukunft werden wir uns hier noch neue Gedanken machen müssen. Es wird irgendeine Lösung in Zukunft brauchen, weil der Veloverkehr an Bedeutung in dem dicht bebauten Gebiet in den Städten gewinnt. Entsprechend glaube ich, müssen wir jetzt sicher auch innovativ denken. Ich könnte mir vorstellen, dass man höher bauen und weniger Platz am Boden brauchen würde. Da sind wir vermutlich zu spät dran mit Horw Mitte, aber es gäbe durchaus noch Ansätze, wo man sieht, man kann Platz schaffen für Velos. Von dem her bin ich der Meinung, der Bericht kann doch ein Input sein für die Zukunft, dass man da weiterdenkt, vielleicht ein bisschen querdenkt, und nicht nur immer rein technisch den Veloweg anschaut.

Anhang: Bericht Machbarkeitsstudie «Horw – Veloschnellroute auf Stelzen»

Keine Anmerkungen

Abstimmung Beschluss:

1. Der Planungsbericht zur Machbarkeit einer Veloschnellroute auf Stelzen wird einstimmig mit 27 Stimmen zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Nr. 2021-315 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden «Übergeordnetes Konzept für Veloschnellrouten (VSR) Horw» wird einstimmig mit 27 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1726 A Zusatzbericht «Konzept Velohaupttrouten Horw» wird einstimmig mit 27 Stimmen zugestimmt.

2. Bericht und Antrag Nr. 1742 Planungsbericht Digitalisierungsstrategie

Eintreten GPK

Lukas Bucher (L20)

Die Geschäftsprüfungskommission hat am 16. April 2024 den B+A 1742 Planungsbericht Digitalisierungsstrategie mit dem Gemeindepräsidenten Ruedi Burkart und dem Leiter Organisation und Projekte Michael Vogel zusammen besprochen.

Wir hätten gerne auch noch einen Einblick in den ersten Massnahmenplan und einen Terminplan bekommen. Das sei aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Die GPK erwartet, dass der Einwohnerrat regelmässig via Jahresbericht und AFP über die Zielmassnahmen und den aktuellen Stand der Digitalisierungsstrategie informiert wird. Ebenfalls soll transparent sein, was mit den 100'000 Franken Budgetkredit pro Jahr

geplant ist, beziehungsweise umgesetzt worden ist. Uns ist wichtig, dass bei dem wichtigen Thema der digitalen Transformation auf regionale Zusammenarbeit geachtet wird. Die Rolle der Gemeinde Horw, wie beschrieben als «First Follower», ist richtig gewählt.

Die GPK ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A sowie Abschreibung der Motion von Jürg Biese, ist gespannt auf den Massnahmenplan und wie sich die Gemeinde Horw im Thema der digitalen Transformation weiterbewegt.

Eintreten L20

Frank Matter (L20)

Die L20-Fraktion hat den B+A 1742 an ihrer Sitzung vor einer Woche beraten. Das heute dem Einwohnerrat vorliegende Geschäft geht zurück auf eine Motion aus dem Jahre 2021, welche eine «Vision und Strategie Smart City Horw» verlangte. Herausgekommen ist nun der Planungsbericht «Digitalisierungsstrategie».

Der Planungsbericht hat in unserer Fraktion zu wenig Diskussionsbedarf geführt. Denn es liegt eine Digitalisierungsstrategie vor, die weder besonders Innovatives noch Konkretes enthält, die vermutlich auf fast alle Gemeinden so zutrifft und vermutlich auch von fast jeder anderen Gemeinde stammen könnte.

Die Ansprechgruppen sind die üblichen Verdächtigen, die aufgelisteten fünf Handlungsfelder kommen einem nicht weniger vertraut vor und die definierten Grundsätze sollten heute selbstverständlich sein.

Die strategischen Ziele, die der Planungsbericht vom Smart Cities Wheel ableitet, sind aus unserer Sicht grundsätzlich richtig, bleiben aber eben Grundsätze. Interessant wird es sein, wann der Gemeinderat mit welchen Massnahmen gedenkt, diese Ziele umzusetzen. Denn Massnahmenplan und Roadmap sollen erst noch erarbeitet und die finanziellen Mittel jeweils jedes Jahr in den AFP eingestellt werden. Wir sind gespannt, welche Projekt für 100'000 Franken im Jahr umgesetzt werden können bzw. was nach dem Rotstift an Digitalisierung noch übrigbleibt.

Die L20 begrüsst die Zusammenarbeit mit anderen, insbesondere den K5-Gemeinden, im Bereich «Digitale Transformation». Ebenfalls unterstützen wir den Grundsatz des «First Followers», weisen jedoch darauf hin, dass der «Front-Runner» nicht nur in der näheren Umgebung oder gar in der Schweiz sein muss.

Kurz: Der Planungsbericht ist aus unserer Sicht nicht der grosse Wurf und die Umsetzung der Strategie steht noch in den Sternen. Die strategischen Ziele gehen jedoch in die richtige Richtung, weshalb wir die Digitalisierungsstrategie zustimmend zur Kenntnis nehmen werden.

Offen bleibt für uns hingegen, ob die Motion bereits als erledigt abgeschrieben werden kann, denn einige von den geforderten Punkten sind nicht bzw. noch nicht erfüllt. Die Fraktion hat deshalb für diesen Punkt Stimmfreigabe beschlossen.

Die L20-Fraktion stimmt für Eintreten auf den B+A Nr. 1742.

Eintreten Die Mitte/GLP

Leo Camenzind (Die Mitte)

Der B+A 1742 Planungsbericht Digitalisierungsstrategie ist in der Mitte/GLP-Fraktion doch ein bisschen länger diskutiert worden. Uns hat klar eine Planung gefehlt, was meine Vorredner auch schon angesprochen haben, nur grobe Massnahmen wann wo was kommt unter dem zeitlichen Aspekt. Der B+A heisst ja auch Planungsbericht Digitalisierungsstrategie.

Es ist uns erklärt worden, dass der Leiter Organisation und Projekte bereits mit den K5-Gemeinden im Austausch ist und die K5-Gemeinden Sachen vorantreiben werden. Wieso K5? Der Kanton sollte eigentlich seine Hauptsachen schon vorangetrieben haben und zeigt doch auch, dass er nicht richtig vom Fleck kommt in dieser Digitalisierung, geschweige denn wenn 80 Gemeinden ihre individuellen Bedürfnisse haben und auch unterschiedliche Prioritäten. Darum zahlt die Gemeinde Horw Gebühren für den gescheiterten Teil des Kantons auf ein Sperrkonto ein.

Der Kanton beziffert das Ganze mit 5 Franken pro Einwohner, was kantonsweit hinter vorgehaltener Hand als nicht ausreichend beurteilt wird, aber es ist jetzt so gesetzt worden. Wir sind darüber einig, dass die vorliegende Strategie zwar schön ist, aber immer noch ein bisschen ein Papiertiger.

Klar braucht es zuerst eine Strategie. Wenn der Einwohnerrat ja sagt, kann man das Ganze mit Leben füllen. Aber jetzt sieht es so aus, als würde der Leiter Organisation das Projekte Däumchen drehen und warten, bis der Einwohnerrat endlich grünes Licht gibt. Das macht er natürlich nicht. Wieso hat man das nicht aufgezeigt mit bereits gestarteten Massnahmen wie Interviews in den Departementen und deren Bedürfnissen? Was ja schon läuft, aber was wir leider nicht sehen.

Es gibt aber auch einen guten Punkt, und zwar ist es ganz klar, dass die K5-Gemeinden «First Follower» und nicht «Front-Runner» sind, was eine andere Gemeinde übernimmt. Wir stellen darum, aufgrund dieser Punkte, die ich jetzt dargelegt habe, unter Punkt 4 weiteres Vorgehen, einen Antrag, dass der Einwohnerrat nach Erstellung des Massnahmenplans, der nach der Strategiefreigabe kommen wird, der Einwohnerrat informiert wird und die zeitlichen Ziele grob aufgezeigt werden, was bis wann kommt, damit man das Ganze im AFP dementsprechend auch unterstützen und herauslesen kann. Weiter kann man das dadurch das nachher im Anhang unter Punkt 12.2 Rollenbeschreibungen, Verantwortung Einwohnerrat, Überwachung der Umsetzung, ein bisschen einfacher und besser begleiten.

Die Mitte/GLP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A Nr. 1742.

Eintreten FDP

Jürg Biese (FDP)

Die Motion 2021-319 vom Sprechenden hat eine Vision und Strategie für eine smarte City Horw verlangt. Damit soll eine Effizienzsteigerung, eine Schonung von Ressourcen, eine Verbesserung der Partizipation der Bevölkerung, die Sicherstellung von einer hohen Lebensqualität und praktikable digitale Lösungen für alle, unter Einhaltung vom Datenschutz, erzielt werden.

In der Motion ist auch aufgeführt worden, was der Planungsbericht zur Motion beinhalten sollte. Ich verzichte auf eine Auflistung dieses Inhalts.

Wie man jetzt aber sogar im B+A 1742 Planungsbericht Digitalisierungsstrategie selber lesen kann, ist nur ein Teil von den mit dem Vorstoss geforderten Punkten in die heute vorliegende Digitalisierungsstrategie integriert worden. Der grössere Teil soll in einem Massnahmenplan folgen, der erst nach der Genehmigung der Digitalisierungsstrategie ausgearbeitet wird.

Wenn man bedenkt, dass die Motion vor 919 Tagen, also vor 2½ Jahren überwiesen worden ist, ist dies zum heutigen Zeitpunkt kein besonders guter Bearbeitungsstand dieser Motion.

Immerhin sind mit einer SWOT-Analyse, die der GPK vorliegt, mit einem Digitalisierungsmanagement, mit Apps und sogenannten Powerusern die Grundlagen geschaffen worden, um jetzt auf die effektive Digitalisierung eingehen zu können. Für die

Koordination der Erarbeitung und die effektive Umsetzung von Massnahmen steht jetzt der Leiter Organisation und Projekte mit fallweise ausgewiesenen Spezialisten zur Verfügung. Es scheinen also jetzt die richtigen Personen am richtigen Ort zu sein, sodass jetzt auch die von uns schon im vorliegenden B+A erwartete Roadmap tatsächlich ausgearbeitet werden kann.

Die Digitalisierung verändert sich deutlich schneller als im 2½-Jahres-Rhythmus. Darum gehen wir davon aus, dass die Massnahmenpläne zur Digitalisierungsstrategie nicht erst wieder in 2½ Jahren folgen werden. Sonst rennen wir dem aktuellen Stand der digitalen Technologie dann definitiv hinterher.

Man könnte aufgrund des aktuellen Stands der digitalen und smarten Transformation von Horw darüber diskutieren, ob die Motion «Vision und Strategie Smart City Horw» abgeschrieben werden soll oder nicht.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten. Wir haben uns für die Kenntnisnahme des vorliegenden B+A 1742 und auch für die Zustimmung zur Abschreibung der Motion 2021-319 entschieden.

Eintreten SVP

Hans Stampfli (SVP)

Auch wir haben den B+A 1742 an unserer Fraktionssitzung beraten. Wir sind erfreut zu hören, dass sich die Gemeinde Horw Gedanken macht, wie Abläufe und Prozesse überdacht und wie sie mit Hilfe der ICT effizienter gestaltet werden können. Wir haben positiv zur Kenntnis genommen, dass Horw kein «Front-Runner» sein möchte, sondern ein «First Follower», so dass Erkenntnisse aus anderen Gemeinden in die Digitalisierung einfließen können. Nichtsdestotrotz: Wir konnten in diesem Planungsbericht keine wirkliche Strategie erkennen.

Im Anhang, auf Seite 13 wird auf die strategischen Ziele verwiesen, aber uns fehlen unter Punkt 10 die konkreten, strategischen Ziele oder wie OKRs und finden stattdessen eine Wunschliste von Handlungsfeldern ohne Zielvorgaben.

Die Rollen auf Seite 14 sind sehr allgemein und schwammig gehalten. Wir vermissen auch einen Hinweis, wie der Einwohnerrat die Umsetzung in der Verwaltung überwachen kann.

Bereits als die Motion 2021-319 überwiesen wurde, haben wir prophezeit, dass diese bloss in der Verwaltung Ressourcen binden wird und das resultierende Papier für die Einwohner keinen echten Mehrwert generiert. Trotzdem verdanken wir den Planungsbericht.

Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten, Kenntnisnahme und Abschreibung der Motion.

Danke für Ihre Eintretensvoten. Ich muss Ihre Entscheidung in diesem Rat noch ein bisschen in Erinnerung rufen und dazu ein bisschen ausholen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir bereits im Jahr 2019 eine 100-Prozent-Stelle beantragt haben für die Themen, welche wir jetzt in dieser Strategie aufgearbeitet haben bzw. hätten angehen sollen. Ihr Rat hat dieser 100-Prozent-Stelle eine Absage erteilt, hat jedoch ein dreijähriges Projekt starten lassen mit einem jährlichen Budget von 100'000 Franken.

Ruedi Burkard (FDP)

Der Gemeinderat hat das zur Kenntnis genommen und in dem Sinn umgesetzt, dass wir ein 50-Prozent-Pensum geschafft haben, das sich erstens um das Digital Management, zweitens um die Organisationsentwicklung und drittens um die Digitalisierung gekümmert hat. Das ist der Auftrag gewesen. Das ist auch der Antrag gewesen, den wir im 2019 in diesem Rat bereits gestellt haben.

Was hat der Gemeinde gemacht in diesen Jahren, in diesen 919 Tagen, wie es Herr Biese formuliert hat? Er hat das Digital Management umgesetzt. Das ist abgeschlossen. Heute weiss man in der Verwaltung, welche Tools seit wie lange im Einsatz sind, wer verantwortlich ist für die Tools und für was sie eingesetzt sind. Das ist dokumentiert und wird jährlich überprüft. Wir haben eine Bürgerreise in Auftrag gegeben an eine externe Firma. Die Bürgerreise ist realisiert. Da laufen Sie, wenn Sie im U7/U8 an eine Sitzung gehen, jedes Mal daran vorbei. Wenn Sie einen Massnahmenplan verlangen, muss ich Ihnen sagen, dort sind schon ziemlich grosse Massnahmen aufgelegt und aufgezeigt. Selbst die Priorisierungen sind dort ersichtlich. Was bis anhin gefehlt hat, und da muss ich sagen, das ist aus Ressourcengründen nicht möglich gewesen, in einer Digitalisierungsstrategie aufzuzeigen respektive in den Rat zu bringen, die Sie als Grundlage von diesen ganzen Geschichten, die wir jetzt hier bereits am Aufgleisen sind, dass Sie und wir eine Grundlage haben, auf welcher wir aufbauen können.

Die Bürgerreise zeigt einige, wenn nicht fast alle Massnahmen, die dann in Zukunft umgesetzt werden sollen, in priorisierter Form auf. Und noch einmal: Sie haben die absolute Kontrolle über die zu umsetzenden Projekte, indem dass wir beim AFP jeweils bei Ihnen das Budget abholen und beantragen werden, welche in dieser Bürgerreise aufgezeigten Teile wir tatsächlich umsetzen wollen. Sie sprechen dann das Budget und mit dem Jahresbericht werden wir Rechenschaft ablegen über das Budget respektive über die Projekte, welche realisiert worden sind. Der Gemeinderat ist der Auffassung, er hat den Job in dieser Richtung gemacht, es ist alles aufgelegt. Was wir jetzt brauchen, ist die Grundlage von dieser Digitalisierungsstrategie, so wie wir es im Planungsbericht dargelegt haben.

Man kann natürlich immer unterschiedlicher Auffassung sein, was eine Strategie enthalten soll. Das ist korrekt. Eine Strategie enthält in der Regel einen Massnahmenplan, aber wir sind jetzt davon ausgegangen, dass mit dieser Bürgerreise, die ja zu Papier gebracht worden ist und wo auch aufgezeigt, wohin die Reise gehen soll, dass wir da unseren Job gemacht haben. Ich möchte Sie wirklich dazu ermuntern, dieser Digitalisierungsstrategie zuzustimmen.

Sie hatten vorher auch noch aufgezeigt, es würde Sie noch interessieren, was wir mit diesen 100'000 Franken machen wollen. Ja genau das zeigen wir Ihnen auf, was wir mit diesen 100'000 Franken im Jahr machen wollen. Das wird im AFP aufgezeigt und die Kontrolle haben Sie über den Jahresbericht. In diesem Sinne freue ich mich jetzt auf die Detailberatung.

Detailberatung Bericht und Antrag

4 Weiteres Vorgehen

Da kommt unseren Antrag, der vorne aufgeschaltet ist: «Sobald ein Massnahmenplan zur Digitalisierungsstrategie der Gemeinde Horw erstellt worden ist, ist dieser dem gesamten Einwohnerrat zur Information zuzustellen.»

Leo Camenzind (Die Mitte)

Herr Burkart, ich nehme nicht an, dass Sie aufgrund der Bürgerreise eine Stelle planen beziehungsweise immer runtergehen und schauen, wo sind wir jetzt genau. Zudem ist diese auch schon ein Weilchen her.

Darum werden Sie mit dieser Roadmap, welche Sie für diese Stelle erstellen werden, ein Dokument besitzen, das Sie uns ohne Probleme zustellen können und keinen weiteren Aufwand haben werden.

Ich möchte einfach daran erinnern, dass die Digitalisierung nicht ein Projekt ist, das wir in den nächsten drei Jahren abschliessen können, das ist eine Daueraufgabe. Das

Stefan Maissen (FDP)

kann man sicher machen, aber ich glaube, einen Massnahmenplan in dem Sinn, den werden Sie nie abschliessend haben. Das wird in den nächsten Jahren immer ein Thema sein und darum bin ich der Meinung, im AFP reicht es eigentlich grundsätzlich.

Ich will dem Antrag jetzt auch nicht opponieren, aber ich glaube, der Anspruch eines Massnahmenplans Digitalisierung, das ist einfach eine fliessende Planung. Wenn es irgendwo eine fliessende Rollenplanung braucht, dann ist es in diesem Bereich und darum bin ich der Meinung, braucht es das eigentlich nicht. Man hat genug Kontrollinstrumente, aber man kann sicher darüber abstimmen.

Ich möchte kurz ein paar ergänzende Notizen an Herrn Maissen geben. Wir haben den Bericht gut gelesen und der baut auf einer guten Basis auf, also die Handlungsfelder sind definiert. Dort wird man strategische Projekte ableiten. Wir haben das Gefühl, die Basis ist gegeben und in einem ersten Schritt wird die Gemeinde dort strategische Projekte ableiten müssen. Das ist eigentlich unsere Idee, dass die Massnahmen aus diesen Projekten, ich würde jetzt mal schätzen, das ist irgendwann nächsten Frühling der Fall, dass uns das zugestellt wird, sodass wir uns auch ausserhalb des AFP ein Bild machen können.

Pius Barmet (GLP)

Ja Herr Maissen, es ist so, ich gehe mit Ihnen einig, das ist nicht ein Projekt, das hier startet und dann aufhört. Wir wissen, dass es länger ist. Vor allem wenn wir auf den Kanton schielen, sehen wir, dass dann doch einige Wirrwarre bestehen. Wenn Sie in Ihrer eigenen Firma schauen, so Digitalisierungsgeschichten sind nicht ganz einfach, aber ich sage noch einmal, das ist kein zusätzliches Tool, sondern das Tool muss ja auch da sein, um das Projekt begleiten, neue Sachen einbinden und sie auch benennen zu können, wo startet es, wo macht man was und das ist kein zusätzliches Tool. Ich erwarte eigentlich, dass das Projekt sowieso so begleitet wird und uns einfach zur Verfügung gestellt werden kann.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Wir werden tatsächlich aufgrund von der hoffentlich angenommen Digitalisierungsstrategie eine Roadmap erstellen, die Taktgeber der Bürgerreise ist. Dort sind schon bereits erste Priorisierungen vorgenommen und leider sind wir jetzt, ich sage jetzt aufgrund von Ressourcengründen nicht ganz auf Kurs mit der Umsetzung dieser priorisierten Projekte, die dort aufgezeigt sind. Aber für uns werden wir die Roadmap erstellen. Unsere Idee war, dass man Ihnen das per AFP jeweils zur Verfügung stellt, damit Sie wissen, was jährlich geplant werden soll. Wenn Sie die ganze Roadmap sehen wollen, wieder mit einem Planungsbericht, dann machen wir die Arbeit gerne. Ich weise einfach darauf hin, dass dies nochmals zusätzliche Arbeit gibt.

Ruedi Burkard (FDP)

Nein, eben nicht. Wir wollen nicht zusätzliche Arbeit machen, sondern wir wollen die bestehenden Sachen, die Sie jetzt gerade erwähnt haben, einfach nehmen, damit wir ein bisschen die Übersicht haben. Wir werden auch nicht überall Stricke daraus drehen, hoffe ich zumindest nicht, dass man sagt, im 2025 muss das und das gemacht werden. Aber dass wir dann sehen, okay, es hat eine Verschiebung gegeben. Das gibt es halt in dem Sinn, aber es hat kein zusätzliches Tool gegeben. Und ja keinen Planungsbericht, sondern noch einmal, es sollte mit bestehenden Ressourcen einfach zur Information gebracht werden.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Ich möchte darauf aufmerksam machen: Wir haben ja die Kommissionen genau für solche Themen und ich bin der Meinung, so etwas können wir durchaus in die GPK bringen und die GPK wird entsprechend die Fraktionen informieren, weil was man da verlangt ist eigentlich ein Massnahmenplan. In welcher Form wollen Sie den bekommen? Also ich glaube, wenn Sie etwas verlangen, ist es schlussendlich ein Planungsbericht und ich bin der Meinung, die GPK wäre da das richtige Gremium für das Thema. Wenn dort regelmässig informiert wird, dann haben wir im Einwohnerrat die Informationen auch.

Stefan Maissen (FDP)

Das haben wir auch diskutiert und haben uns dagegen entschieden beziehungsweise haben gesagt, das ist gut und recht, wenn die GPK das hat, aber es ist kein zusätzliches Tool, es ist reine Arbeit, die schon erstellt worden ist und dann könnte wirklich der gesamte Einwohnerrat auch die Informationen erhalten. Aber noch einmal: keinen Planungsbericht, sondern reine Information, was genau wann wo geplant ist.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkungen der Mitte/GLP zum Bericht und Antrag, Ziff. 4, Weiteres Vorgehen: «Sobald ein Massnahmenplan zur Digitalisierungsstrategie der Gemeinde Horw erstellt worden ist, ist dieser dem gesamten Einwohnerrat zur Information zuzustellen.»

Larissa Lehner-Graf (L20)

Der Antrag wird mit 11:13 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Anhang: Digitalisierungsstrategie

Keine Anmerkungen

Abstimmung Beschluss:

1. Die Digitalisierungsstrategie wird einstimmig mit 27 Stimmen zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Nr. 2021-319 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden «Digitalisierungsstrategie: Vision und Strategie Smart City Horw» wird mit 25:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1742 Planungsbericht «Digitalisierungsstrategie» wird einstimmig mit 27 Stimmen zugestimmt.

3. Bericht und Antrag Nr. 1744 Klimaschutzbericht

Eintreten BVK

Anlässlich ihrer Sitzung hat die BVK den B+A 1744 Klimaschutzbericht beraten. Die Beratung verlief interessiert jedoch wenig kontrovers.

Für die Bearbeitung dieses nun vorliegenden Klimaschutzberichts wurde die econcept AG beigezogen; wie der vorliegende Bericht zeigt, eine gute Wahl. An der Beratung der BVK nahmen neben Gemeinderat Thomas Zemp auch Alexander Umbricht von der econcept AG und Silvia Hanssen Stv. Leiterin Bereich Natur und Umwelt teil.

Nach einer Einleitung, in welcher Alexander Umbricht den Aufbau des Klimaschutzberichts erläuterte, hat die BVK vor allem die einzelnen Massnahmen beraten. Hier stellte sich die Frage, warum es keine Massnahmen, wie Bäume pflanzen, die direkt gegen die Klimaerwärmung wirken, im Bericht habe. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Thema Anpassung an die Veränderungen durch Klimaerwärmung zu einem späteren Zeitpunkt in einem eigenen Bericht bearbeitet wird. Der nun vorliegende Bericht behandelt ausschliesslich Themen des Klimaschutzes.

Andrea Hocher (Die Mitte)

Der Bericht allgemein, sein Aufbau und die enthaltenen gut aufgearbeiteten Massnahmen haben in der BVK überzeugt. Die BVK sieht insbesondere in den Massnahmen «W1 Erneuerbare Heizungen ab 2030 vorschreiben» und «W2 Eigentümerinnen von fossilen Heizungen proaktiv über Alternativen informieren», viel Potenzial. Bei den beiden Massnahmen dürften aber aus Sicht der BVK auch die grössten Hürden lauern. Gemäss Gemeinderat ist es möglich, dass man ein Verbot für Öl- und Gasheizungen einführen könnte, die Fristen wären aber sicherlich entscheidend. Bei der Massnahme W2 war es für die BVK nicht nachvollziehbar, wieso für diese keine wiederkehrenden

Ressourcen berücksichtigt wurden. Begründet wurde dies damit, dass die Informationen vorwiegend über externe Berater laufen würden.

Einige der Visionen und Ziele scheinen ambitioniert, wie beispielsweise Steigerung der erneuerbaren Stromproduktion um Faktor zehn. Insgesamt wird es jedoch alle Massnahmen brauchen, soll das Ziel Netto-Null erreicht werden. Aus Sicht der BVK sind bei einigen Massnahmen die Ressourcen sehr knapp bemessen. Dies muss bei der Umsetzung der Massnahmen berücksichtigt werden, da diese sonst vielleicht eine nicht ausreichende Breitenwirkung erzielen. In der BVK war man der Meinung, dass insbesondere, wenn Massnahmen private Liegenschaftsbesitzer betreffen, es sehr wichtig sein wird, die Massnahmen proaktiv zu propagieren und die Grundeigentümer möglichst direkt anzusprechen.

Die BVK dankt dem Gemeinderat, den Mitarbeitern des Bereichs Natur und Umwelt und der econcept AG für die Ausarbeitung dieses guten Berichts. Die BVK nimmt den B+A 1744 Klimaschutzbericht einstimmig zur Kenntnis und schreibt das Postulat-Nr. 2022-761 von Philipp Peter einstimmig als erledigt ab.

Eintreten GSK

Daniela Luthiger-
Stocker (Die Mitte)

Die Schweizer Stimmberechtigten haben sich am 18. Juni 2023 an der Urne mit 59.1% für die Klimaneutralität ausgesprochen. Bis 2050 sollen in der Schweiz die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null gesenkt werden. Die Bevölkerung von Horw stimmte diesem Klimagesetz sogar mit 66% zu. Als Mitglied des Gemeindeverbandes Luzern Plus verfolgt Horw das noch ehrgeizigere Ziel von Netto-Null bis ins 2045.

Der vorgelegte B+A 1744 und der Klimaschutzbericht wurde in der GSK angeregt diskutiert und beraten. Wir kamen zum Schluss, dass der Bericht aufschlussreich ist und mit übersichtlichen Grafiken die Zielsetzungen und die dazugehörigen Handlungsmassnahmen gut konkretisiert.

Die GSK hat Punkt 3 «Monitoring und Erfolgskontrolle» intensiver diskutiert. Gemäss Bericht erfolgt alle vier Jahre eine Berichterstattung und die Beantragung neuer Massnahmen an den Gemeinderat in Form eines neuen oder überarbeiteten Planungsberichtes. Wir stellten uns die Frage, ob in diesem Bericht neben dem Zielerreichungsgrad der drei Hauptziele, auch die Überprüfung der Ziele an neue Begebenheiten vorgegeben werden müsste. Uns wurde zugesichert, dass dies im Rahmen der Review immer erfolgen wird und verzichteten deshalb auf einen Antrag auf Bemerkung.

Der Klimabericht selbst löste in der GSK interessante Diskussionen aus. Unsere Fragen wurden von den anwesenden Fachpersonen kompetent beantwortet. Die Quintessenz aus den Diskussionen war für uns, dass der grösste Nutzen zu einer Reduktion von Treibhausgasen über ein Verbot von neuen fossilen Heizungen erreicht werden kann. Zudem attestieren wir der Gemeinde Horw, dass sie bereits viel Engagement im Bereich Beratungsangebote und Fördermassnahmen wie beispielsweise Subventionen für Photovoltaik-Anlagen zeigt. Wir finden aber auch, dass der Klimaschutz ein Handeln jedes Einzelnen erfordert und jede Horwerin und Horwer durch Anpassungen des eigenen Konsumverhaltens positiv Einfluss auf das Klima nehmen kann. Auch wenn unser Gemeinderat die Sensibilisierung der Gesellschaft auf sein Konsumverhalten eher in der Verantwortung beim Bund und den Kantonen sieht, so erachten wir es als zentral, dass die Gemeinde die Bevölkerung weiterhin stark über Zusammenhänge zwischen Konsum und Klimawandel informiert. Denn die Wirkung auf das Total der Treibhausgasemissionen wird als gross eingestuft. Das wäre doch unserer Gemeinde mit dem Label «Energistadt-Gold» würdig.

Das Postulat Nr. 2022-761 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden «Horwer Klimaplan/Klimabericht» kann als erledigt abgeschrieben werden. Die GSK nimmt den

Klimaschutzbericht zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Wir sind für Eintreten.

Eintreten L20

Philipp Peter (L20)

Die Fraktion L20 freut sich sehr, dass die Gemeinde Horw jetzt einen eigenen Klimaschutzbericht hat und dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung davon.

Nur wenn sich gemäss dem beschriebenen Territorialprinzip alle nach ihren Möglichkeiten und nach bestem Wissen und Gewissen für eine zügige Reduktion der CO₂-Emissionen einsetzen ist es möglich, die wahrscheinlich grösste Herausforderung unserer Zeit gemeinsam und rechtzeitig zu meistern. Ein Klimabericht kann noch so gut sein und die prekäre Situation und den Handlungsbedarf beschreiben, gemessen wird er letztendlich an seinen Zielen und an der Effektivität seiner Massnahmen.

Der vorliegende Bericht orientiert sich korrekterweise an den Grundlagen vom IPCC sowie an der nationalen und kantonalen Klimapolitik. Es ist hoch erfreulich, dass sich der Horwer Klimabericht ehrgeizige Ziele gesetzt hat und das Netto-Null-Ziel in Übereinstimmung mit den LuzernPlus-Gemeinden bis 2045 erreichen will. Um das Ziel erreichen zu können, ist es absolut entscheidend, dass ein regelmässiges Monitoring stattfindet und wenn nötig Kurskorrekturen vorgenommen werden können. So ein Controlling ist im vorliegenden Bericht vorgesehen, in dem Kennzahlen jährlich erhoben werden und alle vier Jahre im Rahmen von einem Bericht und Antrag mit neuen Massnahmen nachjustiert werden soll.

Das wichtigste Ziel im vorliegenden Bericht heisst Netto-Null bis 2045. Entsprechend müsste die Hälfte bis 2032 reduziert sein, sagt der Bericht. Bei einem linearen Absenkpfad müssten wir aktuell bereits 20% davon geschafft haben und zum Zeitpunkt des nächsten Monitorings 2026 knapp 25% von unserem Fussabdruck seit 2019 reduziert haben. Das ist sehr abstrakt, der Bericht gibt wenig Auskunft darüber, wo wir uns aktuell auf dem Pfad befinden und wo wir stehen. Ich kann Ihnen nur so viel versichern, wir sind noch nicht oder nicht auf Kurs.

Ein zweites Ziel wird in der lokalen Stromproduktion aus erneuerbaren Energien gesetzt. In den kommenden fünf Jahren will man diese Stromproduktion um den Faktor 10 steigern. Auch das Ziel schlägt die richtige Richtung mit überschaubarem Zeithorizont ein.

Am einfachsten kann der Hebel natürlich bei der eigenen Verwaltung und den eigenen Immobilien der Gemeinde angesetzt werden. Hier will man darum bis 2040 auf Netto-Null kommen, was löblich ist und auch den Vorbildcharakter, die eine Gemeinde hat, widerspiegelt. Die Ziele sind der wichtigste und erste Schritt und sie sind teilweise auch ehrgeizig. Das ist auch wichtig, schliesslich hätte man schon längst anfangen sollen. Die grosse Frage, welche sich jetzt stellt ist, reichen denn auch die formulierten Massnahmen aus, um diese Ziele zu erreichen oder mindestens auf den richtigen Kurs zu kommen? Da hat die L20-Fraktion sehr grosse Zweifel und Fragezeichen. Wir werden dazu auch einen Antrag machen.

Der Bericht fängt in den Kapitel 1.4.1 und 1.4.2 mit einer Aufzählung von zahlreichen Umsetzungen und Vorstössen aus der vergangenen Legislatur an, die klimarelevant sein sollen. Bei dieser Aufzählung ist man äusserst grosszügig und wohlwollend mit sich selbst. Warum beispielsweise der neue Ökihof-Standort oder die Bewirtschaftung von Parkplätzen hier einen Beitrag leisten sollen, da braucht es schon viel Interpretation und Vorstellungsvermögen, um das als klimarelevant zu betrachten.

Deutlich zurückhaltender ist man dann bei den konkreten Massnahmen. Es ist uns absolut nicht verständlich, dass der grösste Emissionsverursacher, der Verkehr, welcher sich nicht nur exorbitant in der Bilanz niederschlägt, sondern auch in Horw weit über

dem Schweizer Durchschnitt liegt, kaum Massnahmen erfährt. Dabei wird gerade da der Hebel des lokalen Einflusses vom Expertengremium als «gross» eingeschätzt.

Generell werden aus Massnahmen im Bericht dann zunehmend nur noch Stossrichtungen. Mehr als Stossrichtungen sind mit den eingesetzten Beträgen und Vorgehensweisen vermutlich leider auch nicht möglich. Wo immer möglich wird die Verantwortung an Eigentümer oder Energieunternehmen delegiert. Die Gemeinde Horw schreibt sich selber primär eine beratende Rolle zu. Wenn man aber Gas geben will mit der Treibhausgasreduktion, den Absenkpfad erreichen und nachhaltige Energie aktiv fördern will, muss man proaktiver werden und nicht nur beraten, sondern coachen, begleiten, vernetzen und vermitteln. Wir werden entsprechend bei den Massnahmen ebenfalls Anträge machen.

Die L20-Fraktion ist für Eintreten und bereit für die Detailberatung.

Eintreten Die Mitte/GLP

Die Mitte/GLP-Fraktion hat den B+A 1744 Klimaschutzbericht behandelt. Der Bericht wird von uns als sehr gut und informativ aufgenommen. Wir erhalten einen Überblick über die Zielvorgaben von Bund und Kanton und wie Horw diese für sich definiert hat. Sehr anschaulich wird aufgezeigt, wie weit Horw mit dem Label «Energistadt Gold» bereits fortgeschritten ist. Die Gemeinde erfüllt bereits hohe Anforderungen betreffend effiziente Nutzung von Energie im Zusammenhang mit Klimaschutz.

Bettina Beck
Bertschmann (Die
Mitte)

Unsere Diskussion konzentrierte sich auf die Handlungsmöglichkeiten, und zwar diejenigen, welche wir als Gemeinde und als Einwohner direkt beeinflussen können. Aus Sicht der Fraktion müssen die Massnahmen zum Klimaschutz von allen Playern in der Gemeinde umgesetzt werden. Die Gemeinde nimmt dabei eine Vorbildrolle ein. Dank konkreter Zielsetzungen, den vorgeschlagenen Massnahmen für die Periode der nächsten vier Jahre, die auch konsequent umgesetzt werden und einem regelmässigen Reporting und Controlling ist die Gemeinde Horw gut unterwegs. Wir haben uns überlegt, welche der definierten Massnahmen die grösste Wirkung in Horw darstellt und haben dabei die Massnahme «W1 Erneuerbare Heizungen vorschreiben» evaluiert. Eines ist klar: Klimaschutz braucht beides, die öffentliche Hand und die Privaten.

In unserer Fraktion haben wir den Realitycheck gemacht. Wir haben gesehen, dass von neun Hauseigentümern sieben keine fossile Heizung mehr haben und von den zehn Autobesitzern deren drei ein Elektroauto haben. Es zeigt, dass die Mitglieder der Fraktion Die Mitte/GLP sehr konkret Klimaschutz betreiben. Da wäre eigentlich auch noch interessant, wie es in den anderen Fraktionen aussieht. Falls das jemand interessiert, regen wir eine kleine Umfrage an.

Wir hoffen, dass die Gemeinde Horw den angezielten Absenkpfad erreicht, und sind für Kenntnisnahme und Abschreibung des Postulats.

Eintreten FDP

An der Oktobersitzung 2022 stand die Motion 2022-320 Horwer Klimaplan/Klimabericht auf der Traktandenliste. Die Mehrheit des Rates, ausser der FDP-Fraktion, überwies die eingereichte Motion schlussendlich als Postulat. So liegt uns nun ein 44-seitiger Klimaschutzbericht vor, welcher für ein Postulat eine unglaubliche Grössenordnung aufweist.

Yvonne Lindegger-
Glauser (FDP)

Unter dem Kapitel 1.4.2 Klimaschutzrelevante politische Vorstösse, ist zu erwähnen, dass von den sechs aufgeführten Motionen vier von der FDP-Fraktion stammen. So auch die Motion 2020-309 Planungsbericht zu einem klimafreundlichen Gebäudepark der Gemeinde Horw (Öl- und Gasheizungen sollen verschwinden), wo der Zusatzbericht an der letzten Sitzung beraten wurde. Gemäss den Aussagen von Herrn Umbricht

der econcept AG ist die Stossrichtung «W1 Erneuerbare Heizungen ab 2030 vorzuschreiben» diejenige Massnahme, welche die grösste Wirkung für den Klimaschutz aufweist. Dank der FDP-Motion ist die Gemeinde Horw nun beauftragt, bei den eigenen Gebäuden das Ziel so gut und so schnell wie möglich zu erreichen.

Die Gemeinde Horw ist bereits seit 2007 im Besitz des Energiestadt-Labels, seit 2023 hat die Gemeinde sogar das Gold-Label erreicht. Dadurch ist die Gemeinde bereits stark in den Bereichen Energie und Klimaschutz engagiert. Das erkennt man auch an den 14 Massnahmen, welche an einem Workshop erarbeitet wurden. Einige der im Bericht festgehaltenen Stossrichtungen sind bereits in der Umsetzung oder zumindest in der Planung.

Es gäbe vermutlich noch ein paar weitere Punkte, die durchaus positiv aus diesem Bericht zu entnehmen sind, doch ob es dazu diese 44 Seiten umfassende Studie gebraucht hat, ist für uns sehr fraglich.

Die FDP ist einstimmig für Kenntnissnahme des Klimaschutzberichts und für die Abschreibung des Postulat Nr. 2022-761.

Eintreten SVP

Mike Sokol (SVP)

Die SVP hat den B+A 1744 Klimaschutzbericht behandelt und findet das Thema wichtig, aber diesen Bericht fragwürdig. Das hat nicht nur finanzielle Ressourcen in Anspruch genommen, sondern liefert auch inhaltlich kaum greifbare Ergebnisse. Es ist zwar lobenswert, dass eine Analyse durchgeführt wurde, aber die resultierenden Massnahmen sind kaum sinnvoll. Es fehlen wichtige Aspekte wie die Betrachtung des Waldbestands von Horw und die Kompensation durch Holz.

Es scheint ebenfalls, dass sich die Mobilität zunehmend Beschränkungen und Verboten gegenüberstellt. Die vorgeschlagene Vernetzung aller Verkehrsmittel ausser dem motorisierten Individualverkehr (MIV) und die Netto-Null-Strategie basieren auf fragwürdigen Grundlagen ohne Einbezug von vielen Aspekten wie zum Beispiel der grauen Energie. Es ist alarmierend zu erfahren, dass Solarpanels möglicherweise unter Ausbeutung von Kinder- und Zwangsarbeit hergestellt werden und dass Windräder wie auch Solarpanels, die zur «grünen» Energieerzeugung dienen sollen, aus China importiert werden, wo die Umweltstandards sehr niedrig sind.

Die Finanzierung solcher Massnahmen ist eine Frage der Verfügbarkeit von Geld und Personalressourcen. Es ist wichtig zu betonen, dass primär der Bund für die Kompensation zuständig ist.

Zusammenfassend handelt es sich bei diesem Bericht um einen ideologisch geprägten Planungsbericht, der nur eine einseitige Perspektive auf sehr hoher Flughöhe bietet.

Die SVP ist für Eintreten und Genehmigung des B+A 1744.

Danke vielmals für die mehrheitlich positiven Voten zum Eintreten. Das Eintretensvotum der BVK ist sehr umfassend gewesen. Ich schliesse mich dem gerne an, was Andrea Hoher zum Bericht gesagt hat. Wir sind auch der Meinung, er ist strukturiert aufgebaut, er basiert auf den Grundlagen, wie sie auch der Bund, Kanton und die umliegenden Gemeinden verwenden und ich denke, das ist wichtig, dass man das nachher auch einordnen kann. Wichtig scheint mir die Feststellung, dass wir ein Ziel haben bis 2045 - mit dem Zwischenziel, dass wir jetzt 14 Massnahmen mit einem Horizont von zwei bis sechs Jahren definiert haben - weil wir gesagt haben, wir reviewen grundsätzlich alle vier Jahre den Bericht wieder und passen auch das Set der Massnahmen dann nachher wieder an und ergänzen. Das erste Mal wollen wir das bereits nach zwei Jahren machen, damit wir nachher den Prozess synchronisieren können mit dem

Thomas Zemp (Die Mitte)

Energiestadtprozess und mit dem energiepolitischen Programm, das wir im Zusammenhang mit dem Energiestadtprozess erstellen.

Grundsätzlich ist der Gemeinderat natürlich immer noch der Meinung, dass es drei Säulen von Massnahmen gibt, damit man ein Ziel erreichen kann. Es geht um informieren, es geht um überzeugen, es geht um die Vorbildrolle. Wenn wir dort die Leute überzeugen können, dass sie selber etwas machen, dann erreichen wir am meisten und dann haben wir auch die Kooperation, dann schaffen wir nicht gegen Widerstand. Die zweite Säule ist Anreizsystem und Förderungssysteme. Das kostet schnell einmal ein Haufen Geld, Stichwort Ersatz von noch laufenden Heizungen, wie das, glaube ich, die Stadt Luzern an gewissen Orten macht. Und die dritte Säule, die unbeliebteste, ist natürlich die, wenn man anfängt Gesetze und Verpflichtungen zu machen. Aber auch dort sind wir ja aktiv. Sie erinnern sich an das neue Bau- und Zonenreglement, wo wir erste Massnahmen im Bereich Klimaschutz drin haben, aber vor allem auch Massnahmen im Bereich Klimaanpassung.

Eher ein bisschen Mühe habe ich jetzt gerade mit dem Votum der SVP, das halte ich jetzt, um das Wort zu gebrauchen, für ein «ideologisches Votum». Ich glaube, es ist anerkannt, dass wir etwas machen müssen. Es führt uns wahrscheinlich nicht zum Ziel, wenn wir sagen, die Schweiz ist sowieso viel zu klein, das macht weltweit gar nichts aus, was wir hier produzieren. Das ist die einfachste Haltung, die man einnehmen kann. Aber ich danke Ihnen für die vielen Voten.

Man kann natürlich, wenn ich der L20 zugehört habe, immer mehr machen. Das ist aber tatsächlich eine Frage der Ressourcen, die man uns nachher zur Verfügung stellt, und zwar nicht nur von den finanziellen, sondern wahrscheinlich vielmehr von den personellen. Vor allem wenn es darum geht oder man die Erwartungshaltung hat, dass man nicht nur ein Angebot macht, das man holen kann, sondern ein Angebot macht, das man zu den Leuten bringt. Dann wird es schnell einmal sehr ressourcenintensiv. Wir arbeiten aber auch dort daran, konkret zusammen mit der Hochschule Luzern. Die haben ja von uns ein Mandat für Wärmeverbünde und die gehen aktiv auf existierende Verbünde zu, wie man umstellen kann auf fossilfreie Betriebe. Dort haben wir auch schon einiges erreicht in den letzten paar Jahren. So viel zum Eintreten, jetzt können wir gerne in die Detailberatung gehen.

Detailberatung Bericht und Antrag

2.4 Massnahmen Klimaschutz

Mike Sokol (SVP)

Ich habe einen Punkt zu 2.4, und zwar beim Verbot von Ölheizungen. Bei den fossilfreien Wärmeerzeugern muss man einfach darauf achten, dass man nicht alle Wärme aus dem Boden herausnimmt. In Zürich ist man mit dem Ganzen nämlich so weit, dass man im Sommer den Boden technisch aufheizen muss, weil anfangs Winter das Problem war, dass der Boden fast 0 Grad gehabt hat, was nicht wirklich ideal ist.

3 Monitoring und Erfolgskontrolle

Philipp Peter (L20)

Die L20 möchte einen Antrag stellen zu Punkt 3, er ist eingeblendet und ich will den noch vorlesen: «Insgesamt ist die Einhaltung des Absenkpfeils (S.21) die übergeordnete Grösse, die es zwingend einzuhalten gilt. Sollte das Monitoring ergeben, dass der Absenkpfeil nicht eingehalten werden kann, muss die Wirksamkeit und Anzahl der Massnahmen so erhöht werden, dass die Etappenziele erreicht werden können.»

Ich will das schnell begründen und habe mir dazu die Freiheit genommen, die Grafik, welche wir jetzt vorne rechts sehen, zu erstellen. In orange unten, das ist der Horner Absenkpfeil, den darf man so nennen, denn das ist der, welcher aus dem Bericht so hervorgeht.

Das wäre die Richtung, welche wir einschlagen müssen, wenn wir das 2045-Ziel erreichen wollen. Wir sehen es, dass der Winkel jetzt doch stark abfallend sein müsste. Wenn man aber jetzt ein paar Jahre zurückschaut, und die Grafik geht bis ins Jahr 2000 zurück, dann sind wir noch nie auf diesem Winkel gewesen.

Ich finde es hochofreulich, dass man so zufrieden ist mit sich selber und sagt, so und so viele Leute, die ich kenne, haben eine fossilfreie Heizung, haben ein Elektroauto, wir haben Goldlabel usw. Das bestreitet niemand und das ist auch löblich für die einzelnen Individuen. Es hilft uns aber nicht, auf den Pfad zu kommen, den wir hier anstreben und darum sollte das die übergeordnete Grösse sein. Und wenn wir feststellen, dass uns diese Massnahmen nicht auf den Weg führen, dann müssen wir zwingend zusätzliche Massnahmen sprechen und sonst kann man sich nicht so ein Ziel setzen. Das Ziel muss man sich aber setzen, darin sind wir uns einig und darum dieser Antrag.

Danke für den Antrag, liebe L20. Ich habe das sowieso so verstanden, dass das so wäre, aber Herr Zemp wird uns das vielleicht gerade noch erläutern. Mit dem Monitoring, wie im Bericht erwähnt worden ist, bin ich davon ausgegangen, dass genau das der Fall sein müsste, aber vielleicht kann Herr Zemp noch etwas dazu sagen.

Marc Wiest (Die Mitte)

Ja, das ist richtig. Es steht so im Bericht, dass wir das erste Mal nach zwei Jahren eine Bilanz ziehen und das Massnahmenset anschauen. Sie können aber heute natürlich nicht bestimmen, was das Parlament dann in zwei Jahren dazu sagt. Also sind wir jetzt wieder irgendwo wie beim Gerichtsentscheid vom Europäischen Gerichtshof und am Schluss sagt das Parlament, jetzt haben wir leider kein Geld oder es ist uns jetzt nicht wichtig. Man wird dannzumal entscheiden, was man macht oder was man nicht macht. Aber die Idee ist schon, dass man laufend kontrolliert: Sind wir auf dem richtigen Weg? Haben wir das Ziel erreicht? Wie sieht der Absenkpfad künftig aus? Von dort her gesehen werden wir das machen, aber am Schluss entscheidet das Parlament, wie viel Ressourcen wir einsetzen können, um das Ziel zu erreichen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Ich habe eine grundsätzliche Frage. Wir haben das Goldlabel. Das bekommt man ja nur, wenn man genau so Sachen erfüllt. Ich gehe davon aus, dass wenn wir Sachen nicht erfüllen, dann das Goldlabel bald einmal weg ist. Ich nehme an, das hat dann auch einen Zusammenhang mit dieser Tabelle. Vielleicht weiss Herr Zemp etwas mehr, aber ich nehme an, das ist schon das Ziel, dass das Goldlabel nicht nur einmal erreicht wird.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Für den Gemeinderat ist nie ein Label das Ziel gewesen, sondern für uns ist immer das Ziel gewesen etwas zu machen, das Wirkung erzielt, damit wir in die richtige Richtung und so schnell wie möglich in die richtige Richtung kommen. Aber natürlich ist es so, für das Label müssen wir gewisse Ziele erreichen. Wir müssen gewisse Sachen machen. Aber wir machen nicht etwas für das Label, wenn wir das Gefühl haben, das hat keine Wirkung. Da machen wir lieber etwas dort, wo es Wirkung hat und verzichten dafür auf das Label. Das ist uns schon wichtig, aber es hat einen gewissen Zusammenhang. Der Klimaschutzbericht und die Massnahmen darin sind sicher auch gut für das Label; es zeigt, dass wir etwas machen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Ich hätte nur noch ganz kurz eine Erklärung abzugeben, denn es hat zu Fragen geführt. Der vorliegende Klimabericht referenziert rückwirkend auf das Jahr 2019 als Ausgangspunkt für 100 Prozent und rechnet von dort dann die 50 Prozent auf das Jahr 2032. Das ist die hellblaue Linie, das sind die Emissionen, die wir im Inland pro Person haben. Wir müssten eigentlich jetzt schon bei dem Schnittpunkt sein, wo sich die senkrechte und die diagonale orange Linie kreuzen. Sind wir aber nicht. Wir sind auf der hellblauen Linie. Also wir sind nicht auf Kurs, wie ich im Eintreten schon gesagt habe, darum Goldlabel hin oder her.

Philipp Peter (L20)

Ich habe zwei Kommentare. Das eine, es ist natürlich nicht ein linearer Prozess, Herr Peter. Ich glaube wir müssen jetzt Massnahmen schaffen, dass dann die Kurve irgendwann wirklich anfängt zu fallen.

Pius Barmet (GLP)

Konkret zum Antrag: Ich finde den Link eigentlich interessant. Der Bericht sagt, dass er alle vier Jahre reviewed wird, also auf die Wirksamkeit der Massnahmen überprüft wird. Da wäre eigentlich der prognostizierte Absenkpfad ein idealer Link und darum würde ich den Antrag eigentlich unterstützen.

Ich habe nur noch einen Punkt. Sie sagen, gerade im 2019 ist das Monitoring gemacht worden. Wenn ich an unseren Planungsbericht erinnere, den wir an der letzten Sitzung überwiesen haben, der vor allem den Gebäudepark der Gemeinde drangenommen hat, dass man dort wirklich schaut, dass die Gemeinde in ihren eigenen Gebäuden jetzt vorwärts macht. Das hat auch mit Kosten zu tun, das haben Sie ja gesehen, aber das ist jetzt überwiesen und das kommt jetzt ins Rollen. Ich denke, das ist ein grosser Punkt, der da nachher positiv in so eine Tabelle einfließen wird.

Ruth Strässle-Erismann
(FDP)

Aber auch wenn das jetzt ein interessanter Antrag ist, wir haben dann noch auf der einen Seite die Privaten und auf der anderen Seite die Gemeinde. Mir scheint es noch schwierig, wie man das auf einen Nenner bringen will, dass man die Privaten gleich handhabt wie die Gemeinde, respektive die Gemeinde mit ihrem Gebäudepark kann jetzt als bestes Beispiel vorangehen und das vielleicht auch entsprechend kommunizieren und so vielleicht auch Private motivieren. Es scheint mir jetzt nicht so einfach, das umzusetzen.

Es ist gerade die Frage aufgekommen, ob wir schnell fünf Minuten die Köpfe zusammenstecken könnten, damit man das anschauen kann, weil es so ein bisschen Nuancen drin hat. Wie Herr Barmet es gesagt hat, ist es nicht so, dass das Ganze linear runterkommt. Wenn man da fordert, dass die Massnahmen gerade sofort umgesetzt und erhöht werden müssen, wo wir alle Interessen daran haben, das ist so, aber man muss auf eine gewisse Zeit hinaus das Ganze korrigieren können, denn es geht nicht von einem Tag auf den anderen. Das ist uns allen klar.

Leo Camenzind (Die
Mitte)

Wir reden ja hier von einem Schutzbericht mit einem System drin, also wir setzen uns Ziele, wir haben ein Monitoring. Wir können die Massnahmen quantifizieren und haben zu dem Zeitpunkt, wenn wir das Monitoring wieder durchführen, wieder neue Erkenntnisse, wo wir stehen. Und dann kann man auch wieder klarere Massnahmen in Aussicht nehmen. Es sind solche Fragen von Massnahmen, die man einleitet, die zu erwarten sind, dass die zum Tragen kommen werden. Das sehen wir ja dann im Monitoringbericht und dann sehen wir auch, ob wir noch auf dem Weg sind oder nicht.

Urs Steiger (L20)

Herr Zemp hat gesagt, dass das ja eigentlich so gemeint ist. Ich glaube, es zeigt sich, dass das nicht allen klar ist, wie es gemeint ist und darum ist die Bemerkung in dem Sinn klar, dass man halt muss, wenn der Weg noch nicht beschritten ist oder zu wenig genau beschritten ist, sich halt noch einmal zusätzlich bemühen muss. Nehmen Sie das mit in die Diskussion. Es ist in dem Sinn ein normales Monitoring-System.

Uns interessiert noch, was Herr Zemp zu diesem Antrag meint. Das haben wir vorher nicht genau verstanden.

Yvonne Lindegger-
Glauser (FDP)

Ich habe gesagt, wir machen alle vier Jahre ein Monitoring, das erste Mal schon nach zwei Jahren. Bei diesem Monitoring werden wir, wie es im Bericht heisst, Massnahmen anschauen und überprüfen, ob es gut ist oder ob es justiert oder ergänzt werden muss. Für uns ist das ein normaler Prozess, ob man jetzt die Bemerkung überweist hin oder her, sie hat postulierenden Charakter.

Thomas Zemp (Die
Mitte)

Wir nehmen jede Anregung immer gerne entgegen, aber letztlich habe ich das Gefühl, gewichten Sie es jetzt ein bisschen zu stark, ob Sie das überweisen oder nicht überweisen. Wir machen es sowieso. Fatal wäre natürlich, wenn man jetzt über so etwas abstimmt und das würde abgelehnt. Dann hätten wir ja den Auftrag, das gerade nicht zu machen, wenn ich es dann richtig lesen würde.

Darum sage ich immer, und das muss sich das Parlament natürlich überlegen: Eine Bemerkung oder ein Antrag auf eine Bemerkung - man kann ja noch selber entscheiden, ob man abstimmen will oder nicht - dokumentiert einmal grundsätzlich eine politische Haltung, wo man sagt, wir wollen dann ein bisschen mehr. Es kann auch plötzlich gefährlich sein, wenn dann die andere Seite des Rats findet, wir wollen das eigentlich nicht. Dann kann man mit einer Bemerkung vielleicht plötzlich das Gegenteil erreichen, was man eigentlich hat erreichen wollen. Vor allem bei Sachen, die schon klar sind und da kann ich auch noch einmal kurz zurückblenden. Den Klimaschutzbericht hatten wir eigentlich bereits in Auftrag gegeben, als die Motion reingekommen ist. Darum kann man auch nicht sagen, ein 44-seitiger Bericht ist jetzt zu viel für ein Postulat. Das hat gar keinen Zusammenhang, ob es ein Postulat ist oder eine Motion. Wir haben das in Auftrag gegeben und ich habe es gestoppt, weil ich gesagt habe: was passiert, wenn die Motion oder das Postulat vom Rat abgelehnt wird? Wie stehen wir denn da, wenn wir einen Auftrag auslösen für 40'000 Franken und der Rat sagt nachher, wir haben es abgelehnt, wieso machst du so einen Klimaschutzbericht? Das muss man sich manchmal schon überlegen. Manchmal verzögert man plötzlich auch die Prozesse. Das ist ja nicht schlecht gemeint, aber das passiert und darum auch bei so einer Bemerkung. Wenn ich so zuhöre, habe ich das Gefühl, die Bemerkung ist eigentlich unbestritten.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen und das unterstreichen, was Herr Zemp vorher gesagt hat, dass das eine relativ gefährliche Geschichte sein kann. Wenn wir das so überweisen, dann heisst das, wenn wir nicht auf dem Absenkungspfad sind, wird der Gemeinderat Massnahmen präsentieren zum wieder darauf zu kommen, egal wieviel das kostet, egal in welcher Finanzlage die Gemeinde ist. Das müssen Sie sich einfach bewusst sein. Sie können schon sagen, jetzt sind wir dafür und zwei Jahre später gibt es einen AFP und dann würden plötzlich zusätzliche Massnahmen kommen und dann wird nein gestimmt.

Ivan Studer (Die Mitte)

Von dem her gesehen ist das relativ schwierig zu sagen. Klar sind wir alle dafür, aber sind wir dann auch noch dafür, wenn dadurch der Steuersatz um zwei Zehntel erhöht werden muss, damit wir die Massnahmen einholen? Dann bin ich eben nicht mehr sicher und darum muss man sich hier im Rat schon gut überlegen, über was wir da abstimmen, was die Konsequenzen daraus sind. Logischerweise merkt das in zwei Jahren vielleicht niemand mehr, da kann man dann immer noch dagegen sein, aber das ist eigentlich nicht der richtige Ansatz. Der richtige Ansatz ist, wenn wir das jetzt überweisen, dann heisst das, wenn wir nicht auf dem Pfad sind, hat das oberste Priorität im Budget und dann werden dem nachher andere Sachen untergeordnet.

Ich möchte das ein kleines bisschen entkräften. Ich verlange hier überhaupt keine Massnahmen zum jetzigen Zeitpunkt, aber es ist ganz wichtig, dass wir dem, was heute nämlich wunderbar passiert ist hier drin, nämlich dieser gefühlten Wahrheit von «wir machen ja schon so viel» und Treibhausgasemissionen reduzieren ist auch teilweise unbequem, ein bisschen entgegenwirken. In jedem AFP werden Sie alle, insofern Sie wiedergewählt werden, die Möglichkeiten haben über jede Massnahme wieder neu zu entscheiden. Die Massnahmen, falls wir nicht auf dem Absenkpfad sind, werden grösser und je nachdem vielleicht sogar teurer, da muss ich dem Vorredner Recht geben. Ob wir sie dann machen oder nicht, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Philipp Peter (L20)

Aber wir sehen zu dem Zeitpunkt, dass sie nötig wären, und selbst wenn man vielleicht gewisse Messgrössen erreicht hat, das in dem Fall nicht reicht. Wir haben dann schwarz auf weiss Fakten vor uns, haben eine Standortbestimmung, wo wir stehen und wo wir stehen müssten wenn wir das Ziel, das wir uns setzen, erreichen, sonst müssen wir sie uns nicht setzen, und können dann entscheiden, ob wir die entsprechenden Massnahmen weiterhin finanzieren oder nicht.

Ich schlage vor, dass wir jetzt ein kurzes Timeout machen, maximal 5 Minuten, damit wir nachher noch vor der Pause darüber abstimmen können.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Wir hatten ein kurzes Missverständnis und würden den Antrag gerne anpassen, und zwar: «müssen die Wirksamkeit und Anzahl der Massnahmen so vorgeschlagen werden, dass die Etappenziele eingehalten werden können.»

Philipp Peter (L20)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkungen der L20 zu Bericht und Antrag, Ziff. 3, Monitorin und Erfolgskontrolle: «Insgesamt ist die Einhaltung des Absenkpfeils (S.21) die übergeordnete Grösse, die es zwingend einzuhalten gilt. Sollte das Monitoring ergeben, dass der Absenkpfeil nicht eingehalten werden kann, müssen die Wirksamkeit und Anzahl der Massnahmen so vorgeschlagen werden, dass die Etappenziele erreicht werden können.»

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Der Antrag wird mit 15:9 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

4. Fragestunde

anschliessend Weiterberatung Bericht und Antrag Nr. 1744

Anhang: Klimaschutzbericht

4.3 Stossrichtung Mobilität

Philipp Peter (L20)

Wir haben Anträge zu den Massnahmen ab Seite 26, Antrag auf Bemerkung, und zwar zum Punkt 4.3 Mobilität, Stossrichtung Mobilität. Die geplante Stossrichtung und das Vorgehen sind wahrscheinlich. Man hat vor der Pause diskutiert, wir erachten aber beim grössten und überdurchschnittlichen Verursacher die geplanten Massnahmen als unzureichend und nicht adäquat im Sinne von einem Verursacherprinzip. Vor allem wenn man die primären Aspekte «vermeiden», aber auch «verlagern» berücksichtigen will, müsste man da im Massnahmenpaket 2026 mehr davon auch zeigen. Darum haben wir den Antrag: «Der Bereich «Verkehr und Mobilität» ist im nächsten Massnahmenpaket (2026) seiner Verursachergrosse gemäss zu berücksichtigen und alle 4V-Strategien (Vermeidung, Verlagerung, Vernetzung und die verträgliche Abwicklung) mit wirkungsvollen Massnahmen aufzunehmen.»

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkungen der L20 zum Bericht, Massnahmen, Stossrichtung Mobilität: «Der Bereich «Verkehr und Mobilität» ist im nächsten Massnahmenpaket (2026) seiner Verursachergrosse gemäss zu berücksichtigen und alle 4V-Strategien (Vermeidung, Verlagerung, Vernetzung und die verträgliche Abwicklung) mit wirkungsvollen Massnahmen aufzunehmen.»

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Der Antrag wird mit 12:16 Stimmen abgelehnt.

M1 Elektromobilitätskonzept umsetzen

Philipp Peter (L20)

Der L20 hat einen weiteren Antrag, und zwar zu M1, Seite 28, Elektromobilitätskonzept umsetzen.

Die Begründung ist, mit einem Bericht zur Ist-Analyse und einer Standort-Analyse und Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen, die geplant sind, wird noch nichts eingespart. Die Ladeinfrastruktur für Horwerinnen und Horwer auszubauen und zu fördern und den Anteil von E-Fahrzeugen zu erhöhen, das haben wir auch schon im Planungsbericht Smart Mobilität Horw 2021 drin gehabt. Darum ist es nicht nachvollziehbar, wie der Betrag von 10'000 Franken bis 2023 hier mehr ermöglichen sollte.

Darum würden wir beliebt machen, den Antrag auf Bemerkung entgegenzunehmen: «Öffentliche Elektroladestationen werden von der Gemeinde auf verschiedenen Ebenen unterstützt (z.B. Auflagen bei Baubewilligungen an geeigneten Standorten, Vorbereitungsarbeiten bei Bauarbeiten in Verbindung mit potenziellen Standorten).»

Das heisst, immer dann, wenn man die Strasse sowieso aufreisst, man sich überlegen kann, könnte man gerade noch vorbereitendes Kabel hineinlegen, wenn man in der Nähe eine Elektroladestation haben will oder bei grösseren Neubauten das schon in der Planungsphase einzuverlangen.

Wie beschrieben, wir haben ein Elektromobilitätskonzept. Wir haben auch einen Plan, wo es öffentliche Ladestationen braucht. Wir sind daran, die umzusetzen. Die ersten zwei haben wir jetzt gerade an der Allmendstrasse gebaut und es werden noch weitere folgen. Was einfach heikel an dem Antrag ist der Punkt «Auflagen bei der Baubewilligung an geeigneten Standorten». Wir haben keine gesetzliche Grundlage, dass wir heute Privaten auf das Auge drücken können, damit sie eine öffentliche Ladestation machen müssen. Was wir Privaten aufs Auge drücken können ist, dass sie bei Mehrfamilienhäusern etwas machen müssen, da haben wir dann das Energiegesetz als Basis, da kommt ja noch etwas vom Kanton.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Wir können uns darum bemühen, dass wir selber öffentliche Ladestationen bauen, allenfalls auch auf privatem Grund, wenn die Privaten einverstanden sind. Aber wir können das nicht einfach so in der Baubewilligung als Auflage verfügen.

Vielleicht etwas aus der Praxis. Ich habe die Möglichkeit gehabt, mehrere Baustellen von der Firma aus anzuschauen, wo wir neu gebaut haben. In Sachen Baubewilligungen, also die ganzen Einstellhallen sind voll. Die Möglichkeiten sind da, der jeweilige Mieter beziehungsweise auch der Eigentümer kann problemlos das Ganze ausbauen. Also es braucht von mir aus gesehen nicht etwas Weiteres, denn der Druck ist da und die Realität zeigt, dass das Ganze eigentlich in diese Richtung geht.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Herr Zemp hat Recht, das ist im Moment nicht vereinbar mit dem Gesetz. Es ist ein bisschen ein frühzeitiger Antrag und unter der Annahme, dass das Energiegesetz dann national durchkommt.

Philipp Peter (L20)

W2 Eigentümerinnen von fossilen Heizungen proaktiv über Alternativen informieren

Nachher wird es einfacher werden, solche Sachen auch aufzulegen. Darum ziehe ich den Antrag zurück, würde aber die Gelegenheit nutzen, um einen anderen zu stellen, und zwar zum W2, Eigentümerinnen von fossilen Heizungen proaktiv über Alternativen informieren. Da würden wir den Antrag stellen: «Die Gemeinde unterstützt die Ablösung fossiler Heizsysteme proaktiv und auf verschiedenen Ebenen. Nebst dem bestehenden Energiefonds und Beratungsangeboten, ist in ein eigentliches Coaching, in Vernetzungsangebote (z.B. in Quartieren) und in die Begleitung von Erneuerungen zu investieren. Denkbar sind Massnahmen, mit denen geeignete Gebiete für private Verbünde gesucht, die Eigentümer informiert, gecoacht und zusammengebracht werden.»

Wir haben festgestellt, dass es ein grosses Hindernis für Eigentümer ist, wenn sie bei einem Heizungsersatz individuell einzeln zu Experten werden müssen, was im Moment aber ein wenig der Fall ist. Auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten und häufig nicht im Wissen, was die Nachbarschaft vorhat. Man könnte als Gemeinde die Quartiere auch zusammenbringen und sagen: ihr habt alle Gebäude im gleichen Alter. Man könnte mitteilen: es gibt Varianten. Es geht nur darum, eben bewusst und aktiv zu coachen und nicht nur zu warten, bis man von aussen angesprochen wird, sondern auch geeignete Gebiete oder geeignete Quartiere oder Zusammenschlüsse zu suchen und die proaktiv anzugehen.

Herr Peter, haben Sie kein Vertrauen mehr unsere Bevölkerung? Ich denke, wir sind hier in Horw schon recht gut sensibilisiert und informiert, was für Massnahmen es gibt. Klimaschutz und Umweltschutz sind auch in aller Munde. Ich habe gerade kürzlich im eigenen Quartier Stirnrüti von den Bewohnerinnen und Bewohnern aus Bemühungen erlebt für eine Photovoltaikanlage, für erneuerbare Energien, und ich halte es wirklich nicht für nötig, dass unsere mündige Horwer Bevölkerung jetzt von der Gemeinde aus noch ein Coaching oder noch mehr Beratung braucht. Ich appelliere vielmehr an die Eigenverantwortung, an unseren Blickpunkt, der sehr informativ ist, und an das Leben als Nachbarn, an die Gemeinschaft und an unsere lebendigen Quartiervereine, die diese Aufgabe übernehmen können. Ich denke, der Antrag ist gut gemeint, aber bereits erfüllt, und sollte darum abgelehnt werden.

Reto von Glutz (SVP)

Das gibt es ja schon. Herr Zemp kann das vielleicht bestätigen, dass es die Beratung so gibt. Die kann man machen, man kann auf die Gemeinde zugehen und fragen: Was ist in diesem Quartier möglich oder was braucht es überhaupt dazu? Man sieht einfach, dass es sehr viel braucht, wenn man plötzlich so eine Zentrale erstellen will. Es ist fast ein Ding der Unmöglichkeit, weil es so viel kostet und alle Zuleitungen und so weiter. Im Nachhinein ist das etwas äusserst Schwieriges und Kostenintensives. Aber eben, das gibt es schon; ich habe das selber schon angefragt bei der Gemeinde. Auch bestehende Verbünde, die werden auch gut unterstützt und beraten. Von mir aus gesehen dürfen Sie diesen Antrag wieder zurückziehen.

Urs Röllli (FDP)

Ich möchte zuerst Stellung nehmen zu Herrn von Glutz. Es geht in keinsten Weise um eine Entmündigung oder Bevormundung. Das Gegenteil ist der Fall. Es geht darum, dass man Synergien und Wissen, wo schon da ist, auch schneller an die Leute bringen kann, indem dass man sie nämlich darauf anspricht und über Möglichkeiten aufklärt – proaktiv – ihnen die Möglichkeiten gibt, auch nicht selber zuerst zu Expertinnen werden zu müssen und anfangen zu recherchieren, sondern dass man eigentlich die Vorarbeit, welche schon gemacht ist, nur noch auflegen kann.

Philipp Peter (L20)

Dann noch zu Herrn Röllli. In dem Sinn gibt es dies als Beratungsangebot, wenn man das sucht. Was aber die Fraktion L20 da will, ist, dass man sich überlegt, auf wen kann man zugehen, weil es dort wirklich von der Kapazität her auch Sinn macht, miteinander etwas anzugehen und nicht Jahr für Jahr ein Gebäude um das andere und wenn es so weit ist, dann wieder das gleiche macht, was zu zusätzlichen Sperrungen von Strassenabschnitten, zu mehr Anfahrten und schlussendlich auch zu total höheren Kosten führt.

Das habe ich schon beim Eintreten gesagt, das ist jetzt natürlich ein «Wechsel vom Angebot zum Verkauf». Wir haben heute, glaube ich, 170 Stellenprozente im Bereich Natur und Umwelt. Das ist ist Gwen Bessire und Silvia Hansen, die hier gewesen sind, und dann haben wir in der Regel noch Praktikantinnen. Das muss ja reichen für die ganze Begleitung der Baugesuche, wo wir alle die Vorschriften einfordern können müssen, die wir im BZR definiert haben. Das ist der ganze Natur- und Umweltschutzbereich, Klima, Biodiversität und all die Themen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Wenn wir jetzt anfangen und sagen, jemand von dieser Stelle muss im Sinne einer Projektleitung solche Projekte begleiten, dann braucht es sehr intensiv Ressourcen und die haben wir nicht. Also die müsste man schaffen. Dann ist auch die Frage, also es wäre ja auch vom Berufsbild her irgendein Energieberater oder ein Energiecoach. Jetzt kann man sich überlegen, ob man das einkauft. Das kann man einkaufen und ich sage, dort wo sich es wirklich rechnet, im Bereich von bestehenden Wärmeverbünden, dort arbeiten wir zusammen mit dem Energiemandat der Hochschule Luzern. Wenn wir Mehrleistungen auch für Kleinere anbieten wollen, dann müsste man es auch irgendwo einkaufen. Somit ist es aber einfach eine Erweiterung unseres Förderprogramms, dann schaffen wir ein neues Förderangebot.

Das kann man sich überlegen, ob man das machen will. Es ist einfach die Frage, ob das auch tatsächlich eine Nachfrage hat und ob es effizient ist. Der erste Schritt ist immer einfach. Informationen, das können wir machen, das kann man auch in den Quartieren draussen machen, aber nachher ein Projekt anreissen, das sehe ich jetzt am Beispiel Rosenfeld, das dauert Jahre, bis die ihre Stockwerkeigentümer überzeugt haben. Wenn das nicht irgendwie von innen herauskommt, ist das sehr zeitaufwendig, das von aussen zu begleiten.

Ich würde es eher sehen, dass das dann eine Ergänzung vom Förderprogramm mit einem neuen Angebot ist, aber dass wir das von der Gemeinde aus mit unseren Mitarbeitenden machen, habe ich den Eindruck, das wird nicht funktionieren. Man müsste auch spezifische Personen dafür anstellen.

Ich bin selber Präsident einer Fernheizgemeinschaft und wir haben 20 Einheiten, Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser. Wir haben die Fernheizgemeinschaft jetzt ersetzt und sind jetzt genau im Wechsel vom fossilen Heizsystem auf die Pellet-Heizung. So eine Beratung, eine Begleitung durch eine Fachperson, wie es Herr Zemp gesagt hat, das ist schlichtweg nicht möglich, dass das die Gemeinde stemmen mag. Das ist so komplex, die Anliegen von diesen nur schon 20 beteiligten Miteigentümerinnen und Miteigentümern und das dann noch erweitern zu wollen in einem Quartier drin, das kann eine Gemeinde von sich aus nicht stemmen. Dies wenn ich sehe, was wir für spezialisiertes Wissen von diesen speziellen Heizungsplanern haben einkaufen müssen. Das Einzige, was ich mir vorstellen kann, ist, dass man in diesen Gemeinschaften durch die Gemeinde noch besser finanziell unterstützt wird, dass man hier für die Planungen, wenn man eben weggeht von fossilen Heizsystemen, dort noch mehr Geld bekäme. Aber dass da Stellen geschaffen werden mit diesen spezifischen Ausbildungen, macht für mich keinen Sinn. Da gibt es ausgewiesene Fachplanungsbüros.

Jürg Biese (FDP)

Ich bin froh, dass Sie das noch eingebracht haben, Herr Biese. Ihr Beispiel ist nicht zuletzt auch ein bisschen ausschlaggebend gewesen für den Antrag und ich bin auch froh, dass Herr Zemp gesagt hat, dass er das so mit den jetzigen Stellenprozenten niemals anbieten könnte. Das ist auch gar nicht die Meinung gewesen, dass Sie das können. Das kann sehr gut sein, dass man das unter diesen Umständen nicht anbieten kann.

Philipp Peter (L20)

Es ist auch nicht die Frage, ob man es mit den bestehenden Ressourcen anbieten kann. Die Frage ist: Will man die Ziele erreichen, die man in dem Bericht gesetzt hat? Wenn man diese Ziele erreichen will, dann braucht es einfach griffige Massnahmen und wir machen hier einen Vorschlag dafür. Jetzt kann man den ablehnen oder man kann ihn annehmen. Wenn man ihn ablehnt, dann kommt er vielleicht in ein paar Jahren wieder, aber ich glaube auch, das Beispiel von Herrn Biese macht klar, wie viel spezifisches Know-How man hat einkaufen müssen für so ein Fernheizsystem mit 20 Einheiten. Das muss die Gemeinde nicht selber bieten, aber sie hat die Kontakte, sie kann vermitteln, sie kann das begleiten und kann die Leute an den gleichen Tisch bringen und dann ist schon ganz viel Unterstützung geleistet.

Die Gemeinde hat das Wissen gar nicht, sie wissen nicht einmal, was alles an diesen Fernheizwerken angehängt ist. Da rede ich aus eigener Erfahrung. Die Gemeinde weiss auch nicht, wer welche Heizungen in den Häusern hat. Das wissen sie im Moment noch nicht.

Urs Rölli (FDP)

Ich appelliere da wirklich auch an die Eigenverantwortung, beziehungsweise eben, ich habe selber bei der Gemeinde schon nachfragen können. Auch in der Strassengenossenschaft ist die Frage aufgetaucht und da sind wir auf die Gemeinde und haben uns dort beraten lassen. Es hat uns auch jemand von der HSLU mal kurz beraten, auch aufgrund von der Gemeinde, weil sie ein Mandat bekommen hat. Also das gibt es schon. Ich weiss nicht, was Sie da noch genau suchen.

Jetzt muss ich noch ergänzen: Es geht nicht darum, den Einzeleigentümer zu entlasten, der muss letztlich auch aktiv werden, aber als Ermöglicher. Wir haben da eine wahnsinnig grosse Aufgabe vor uns. Es droht auch effektiv eine Pflicht, die Heizungen zu ersetzen und die wo es jetzt schon machen, das ist klar, die sind super drauf. Aber wir haben viele, die Schwierigkeiten haben das zu machen, die man vielleicht auch sinnvollerweise zusammennimmt und da braucht es jetzt nicht einfach technisches Wissen. Technisches Wissen kann man tatsächlich einkaufen, aber man kann eben die Leute zusammenbringen, man kann vermitteln und um die Aufgabe geht es. Es geht halt auch ein bisschen um ein Verständnis, wie wir die Aufgabe gemeinsam bewältigen wollen.

Urs Steiger (L20)

Sagen wir einfach: ja, wir haben die Vorgabe und wir wollen, dass ihr das macht, organisiert euch selber. Das kann man machen. Es ist sicher auch vieles Pflicht des Einzelnen, aber wir müssen die Aufgabe, welche wir vor uns haben, letztlich auch gemeinsam bewältigen und da die Informationen halt auch besser verteilen. Ich habe das jetzt selber erlebt in unserer Überbauung, wie das abläuft. Es gibt auch viele Schnittstellen, die schwierig sind, auch wenn man gemeinsam will. Aber die Schnittstellen muss man bewirtschaften und dort gibt es einfach auch ein Informationsdefizit oder eine Möglichkeit, wo die Gemeinde helfen kann, nicht nur einfach Beratungsleistung geben, sondern eben auch Enabler zu sein, Ermöglicher, um die Leute miteinander an den Tisch zu bringen.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkungen der L20 zum Bericht, Massnahmen, W2 Eigentümerinnen von fossilen Heizungen proaktiv über Alternativen informieren: «Die Gemeinde unterstützt die Ablösung fossiler Heizsysteme proaktiv und auf verschiedenen Ebenen. Nebst dem bestehenden Energiefonds und Beratungsangeboten, ist in ein eigentliches Coaching, in Vernetzungsangebote (z.B. in Quartieren) und in die Begleitung von Erneuerungen zu investieren. Denkbar sind Massnahmen, mit denen geeignete Gebiete für private Verbünde gesucht, die Eigentümer informiert, gecoacht und zusammengebracht werden.»

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Der Antrag wird mit 8:16 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

S1 Beratungsangebot PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern einführen

Ich stelle Ihre Geduld weiterhin auf die Probe. Die L20 hat einen weiteren Antrag zu S1, das ist auf der Seite 36. S1 ist die Stossrichtung Beratungsangebot PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern einführen. Da wird beschrieben, wie man künftig die Gründung von ZEV und LEG beraten will, und unser Antrag geht jetzt in die Richtung von selber aktiv werden, und zwar: «Die Gemeinde Horw prüft, inwiefern sie selbst LEG (Lokale Elektrizitätsgemeinschaft) initiieren oder allenfalls gründen kann.»

Philipp Peter (L20)

Das haben wir auf dem Radar. Das ist insbesondere ein Thema im Zusammenhang mit dem Schulhaus Allmend, das sehr viel Fläche an Solaranlagen aufweisen wird, wo wir sehr viel Energie produzieren können, die wir sicher nicht dort brauchen können, wo sie produziert wird.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Da gibt es schon Überlegungen, dass wir dann eine LEG über die ganze Gemeindeverwaltung machen. Die grossen Stromverbraucher sind typischerweise die Trinkwasseraufbereitung, unsere Abwasser-Pumpwerke und das wollen wir prüfen. Im Moment ist ja die Grundlage noch nicht da. Wir wissen auch noch nicht, was das dann heisst. Man weiss, dass man es machen können soll, aber wie das dann funktioniert mit dem Messsystem - das muss man selbst zur Verfügung stellen, das wird nicht gratis sein - das wird sich noch zeigen. Wenn wir das in der Gemeinde machen können, dann wird das sicher auch ein Vorzeigeprojekt sein für andere, wo wir zuerst selber lernen und nachher andere davon profitieren können.

Ich weiss nicht, ob Astrid David noch etwas dazu sagen will. Das hängt wirklich sehr stark zusammen mit dem Neubau vom Schulhaus Allmend.

Ich kann das nur bestätigen, das ist bei uns tatsächlich auf dem Radar. Also insofern sind wir das am Verwirklichen, es macht wirklich Sinn. Wir arbeiten diesbezüglich auch mit der HSLU zusammen, mit jemandem, der so eine Arbeit schreibt und sich eben genau damit beschäftigt, unter welchen Voraussetzungen man das am besten einrichtet.

Astrid David Müller (SVP)

Ich möchte nur daran erinnern: Wir hatten ja den B+A klimafreundlicher Gebäudepark und dort drin ist das ein Thema gewesen. Also von dem her gesehen hat sich das auch schon erledigt mit diesem Antrag.

Urs Rölli (FDP)

Ich muss Herrn Rölli leider enttäuschen. Es hat sich leider gar nicht erledigt, denn wir beraten jetzt nicht den Bericht, sondern den Klimabericht und da steht es noch nicht so drin. Wenn es dann an beiden Orten drinsteht, dann ist das super, dann hat es sich nachher wirklich erledigt. Aber wir können nicht von einem Bericht, den wir schon beraten haben, jetzt einfach auf einen anderen schliessen, wo das nicht als Zielgrösse oder als Vorhaben erfasst ist.

Philipp Peter (L20)

Ich fände es ein bisschen unschön, wenn der Rat jetzt diese Bemerkung ablehnen würde, und zwar wieder aus dem gleichen Grund wie wir vorher schon gehabt haben, also in Richtung konträre Wirkung, dass es nachher heisst, man will nicht, dass die Gemeinde das prüft.

Marc Wiest (Die Mitte)

Ich sehe jetzt aber nicht unbedingt gerade eine Mehrheit. Darum würde ich beliebt machen, dass vielleicht darüber nachgedacht wird, den Antrag zurückzuziehen.

Das Einfachste wäre einfach ja zu sagen, wenn es so einfach ist, aber ich merke schon, es ist ausgereizt heute und darum ziehe ich den Antrag zurück.

Philipp Peter (L20)

Bevor wir zum nächsten Geschäft gehen, haben wir noch einen letzten Antrag und der ist auch zu S1, und zwar auch da einer der vorbereitend ist. Das ist jetzt auch ein Antrag, der unseren Kollegen von der SVP gefallen könnte. Mit zunehmender Stromproduktion auf lokalem Boden wird man nämlich auch unabhängiger und das ist etwas, was der SVP immer gefällt, wenn man unabhängig wird von anderen Anbietern, und darum würden wir beliebt machen, dass die Gemeinde Horw prüft, wie die Unterstützung von lokalen Solargenossenschaften gelingen könnte.

Auch da muss ich sagen, die Solargenossenschaften, das bietet die Gemeinde Horw auch schon an. Bevor man eine Solargenossenschaft machen kann, muss man ein sogenanntes ZEV machen. Das ZEV bei den Mehrfamilienhäusern, sei es jetzt im Eigentum mit vermieteten Wohnungen oder im Stockwerkeigentum, ist sehr komplex und

Urs Rölli (FDP)

da wendet man sich dann am besten an den Stromproduzenten CKW. Nicht wie es da drinsteht, dass die Gemeinde das anbieten soll, denn das ist äusserst komplex und jeder Mieter oder jeder Stockwerkeigentümer kann sich querstellen. Das heisst der Hauseigentümer kann dort je nachdem einen oder zwei Anschlüsse nicht machen und das ist äusserst komplex. Ich würde da wirklich sagen, die Gemeinde soll die Finger weglassen. Wie gesagt, die Beratung mit CKW und Hauseigentümerverband ist sehr gut. Ich rede da auch aus eigener Erfahrung.

Noch vielleicht anschliessend an das Votum von Herrn Rölli: Es gibt auch Stiftungen, die das unterstützen. Die unterstützen sogar wenn man Genossenschaften gründet, bei den Statuten, beim Rechtlichen, wie man es aufsetzt, die unterstützen das auch noch finanziell. Da gibt es auch noch weitere Institutionen, die solche Sachen unterstützen und von dem her gesehen bin ich eigentlich auch der Meinung, dass das schon daran ist. Also für die, welche das wirklich angehen wollen, hat es die verschiedensten Unterstützungsmassnahmen, die schon auf dem Markt sind und man brauchen kann.

Ivan Studer (Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkungen der L20 zum Bericht, Massnahmen, S1 Beratungsangebote PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern einführen: «Die Gemeinde Horw prüft die Unterstützung lokaler Solargenossenschaften.»

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Der Antrag wird mit 17:10 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmung Beschluss:

1. Der Klimaschutzbericht wird einstimmig mit 28 Stimmen zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Nr. 2022-761 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden «Horwer Klimaplan/Klimabericht» wird einstimmig mit 28 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1744 Klimaschutzbericht wird mit 27:1 Stimmen zugestimmt.

5. Postulat Nr. 2024-775 von Pius Barmet, GLP, und Mitunterzeichnende: Erhöhung der Aufenthaltsqualität Gemeindehausplatz

In den vergangenen Wochen haben die meisten von uns ihre Samstagvormittage auf dem Gemeindehausplatz verbracht. Hie und da konnte man einen Passanten zum Anhalten bewegen, aber bloss, um Unterschriften für Initiativen zu sammeln oder um Wahlwerbung zu verteilen. Hat aber jemand auch sonstige Zusammentreffen beobachtet? Ich jedenfalls nicht. Der Gemeindehausplatz ist kaum Treffpunkt für die Bevölkerung.

Pius Barmet (GLP)

Am Freitagmorgen am Horwer Wochenmarkt zeigt sich das gleiche Bild. Leute gehen rasch über den Platz und holen sich ein Brot oder ihren Fisch und sind auch gleich wieder weg. Der Platz lädt leider nicht zum Verweilen ein und darum sind wir der Meinung, dass eine lebendige Gemeinde auch ein lebenswertes Zentrum verdient.

Auch wenn es bei der heutigen Temperatur kaum vorstellbar ist: über die Hitze auf dem Gemeindehausplatz wird man sich bereits innerhalb der nächsten Wochen wieder beklagen und sich rasch in einen der klimatisierten Grossverteiler flüchten. Der Gemeindehausplatz ist also auch ein unwirtlicher Ort während den zunehmenden Hitzetagen. Es besteht somit auch in diese Hinsicht Handlungsbedarf.

Uns ist bewusst, dass eine Aufwertung eine schwierige Aufgabe ist, aber darum werden mit dem Postulat mögliche Vorschläge präsentiert. Das sind wirklich einfache Vorschläge. Es sind vielleicht Lösungsansätze, aber auch dort, wie wir heute schon einmal in einem anderen B+A gehört haben, braucht es halt vielleicht noch ein paar innovative Ideen, Kreativität.

Wir würden uns freuen, wenn die Gemeinde das Postulat entgegennehmen und ein Anliegen von Einwohnerinnen und Einwohnern aufnehmen würde.

Bereits im letzten Jahr haben wir beabsichtigt, mobiles Grün als PopUp-Piazza aufzustellen. Da ist uns aber leider die See-Energie mit ihren Leitungen ein bisschen zuvorgekommen und hat unseren Plan durchkreuzt. Wir haben aber damals mögliche Standorte evaluiert und die Standorte geprüft, welche Sie in Ihrem Vorstoss vorgeschlagen haben und wir werden jetzt tatsächlich von Mai bis Oktober 2024 in den Bereichen A und F je eine PopUp-Piazza aufstellen. Es gibt da verschiedene Modelle. Das Schöne ist, man kann sie mieten und immer wieder ganz andere Modelle zusammenstellen; eine wird mit einem Wasserspiel sein und eine andere, wo man sogar das Natel laden kann.

Astrid David Müller
(SVP)

Wir haben im AFP 2024 auch Mittel für die Planung von einem Konzept zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Marktgasse vorgesehen. Da sind aber verschiedene Eigentümer betroffen, also da müssen wir alle zusammen ins Boot holen.

Wir setzen momentan eher auf die mobilen Lösungen. Das hat auch damit zu tun, dass wir natürlich auch die Rettungsgassen und eben auch zusammenhängende Fläche freigehalten müssen, wenn man zum Beispiel eine Veranstaltung hat oder ein Zelt stellen will, dass man das dann einfach verschieben kann. Ich finde auch die Töpfe, die Sie da vorgeschlagen haben, sehr schön, das hat mir sehr gefallen. Ich denke, wir experimentieren jetzt mal ein bisschen, was es alles für Möglichkeiten gibt. Mit anderen Worten, wir sind selbstverständlich bereit, das Postulat entgegenzunehmen und auch noch weitere Vorschläge zu prüfen.

Ich opponiere nicht, überhaupt nicht. Auch hier wäre ein bisschen ein proaktives Vorgehen wünschenswert, insbesondere halt auch vielleicht grössere Massnahmen, die über die mobilen Einheiten hinausgehen. Ich erinnere daran, dass die Einstellhalle eigentlich einmal so geplant gewesen ist, dass sie Baumgruben vorgesehen hatte. Vielleicht müsste man wieder einmal auf dieses Konzept zurückkommen. Das würde aber vielleicht heissen, dass einer oder zwei von diesen Parkplätzen im Untergrund wegfallen würde, weil wir den Platz wirklich verbessern müssen, und zwar nachhaltig verbessern. Da würde ich empfehlen, dass man auch mal einen Schritt weitergeht als nur mit Massnahmen, die eben auf dieser Mobilität aufbauen.

Urs Steiger (L20)

Das Thema ist ja nicht neu und es gab auch schon Vorstösse. Also man kann auch sagen «alter Wein in neuen Schläuchen».

Urs Röllli (FDP)

Was aber Frau Astrid David korrekt gesagt hat, die Blaulichtorganisationen. Das ist bisher oder in den letzten Jahren immer Thema gewesen, dass man deswegen an diesen Orten praktisch nichts hinstellen kann, denn die Blaulichtorganisation hat nicht noch Zeit zum Töpfe verschieben. Auch die Rampe gerade hinter uns ist speziell so gemacht worden, dass eben die Feuerwehr und die Krankenautos da hindurch können. Sie können sonst durch keinen anderen Ort vor das Gemeindehaus oder vor die Migros gelangen. Das geht nicht, sie können dort nicht rein.

Von dem her gesehen, muss man sich das wirklich gut überlegen, was machbar ist und was nicht. Und wenn man dann noch das Dach der Tiefgarage aufschneiden will, dann ist die Statik vermutlich, aber da könnte Herr Biese etwas dazu sagen, noch ein anderes Problem. Aber prüfen Sie das einmal.

6. Dringliche Interpellation Nr. 2024-777 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnende: Prügelweg Steinibachried

Die dringliche Interpellation wurde vom Gemeinderat am 21. März 2024 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf (L20)

Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Fragen.

Urs Steiger (L20)

7. Interpellation Nr. 2024-774 von Pius Barmet, GLP und Mitunterzeichnender: Repair-Café

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 29. Februar 2024 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf (L20)

Ja, ich bin auch mit dieser wohlwollenden Beantwortung der Interpellation zufrieden und freue mich, bald bei einem Repair-Café dabei zu sein.

Pius Barmet (GLP)

8. Interpellation Nr. 2024-775 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnende: Vereinsförderung - Wir fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 29. Februar 2024 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf (L20)

Ja, ich bin zufrieden mit der Beantwortung und danke vielmals.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Ich finde das eigentlich eine gute Interpellation. Ich finde es auch gut, dass die Fragen gestellt worden sind. Wenn Sie es nicht gemacht hätten, hätten wir es gemacht. Sie sind schneller gewesen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Ich habe einfach noch eine zusätzliche Frage. Ich sehe hier bei der Beantwortung, dass das Geld, das gesprochen worden ist, bis jetzt nie aufgebraucht worden ist. Also man hat immer überschüssig gehabt, eigentlich ja eine gute Sache. Ich habe mir nur jetzt mehr überlegt, es gibt ja auch noch andere Organisationen, die viel Freiwilligenarbeit leisten.

Wir haben es gerade heute Abend von diesen Quartiervereinen gehabt, die haben alle auch Vorstände, die arbeiten alle. Da ist mir jetzt so spontan in den Sinn gekommen, ob es nicht einmal eine Möglichkeit gäbe mit dem Rest, wenn es einen Rest gibt, dass man dann damit andere freiwillige Organisationen, die vielleicht in diesem Verein, die nicht genau dort zugeteilt sind, einfach andere Freiwilligenarbeit leisten, unterstützen könnte.

Wir haben ein Reglement Vereinsunterstützung und an das halten wir uns. Dort drin ist nicht festgehalten, dass man überschüssige Beträge, die Sie im Budget gesprochen haben, dass man diese anderweitig verteilen kann.

Ruedi Burkard (FDP)

Es gibt schon einen bestimmten Betrag, den man für Unterstützung jeglicher Institutionen bereitgestellt hat, wo wir prüfen, ob das möglich ist, dass man die unterstützen kann, aber nicht ausgeschöpfte Beträge gemäss Budget kann man nicht einfach anderweitig verteilen. Sonst müssen Sie das Reglement anpassen und darauf beharren, dass der budgetierte Betrag, den Sie alle Jahre mit dem AFP sprechen, dass man den

voll ausschöpft, über welche Kanäle auch immer dann verteilt, was ich persönlich nicht sehr sinnvoll finde. Ich würde Ihnen beliebt machen, das Reglement, welches Sie in diesem Rat genehmigt haben, dass man sich daran hält und dass man das auch nicht entsprechend anpasst.

Also weil es jetzt schon eine Diskussion ist, hätte ich auch noch eine Frage, und zwar ist mir zu Ohren gekommen, dass einer der grösseren Horwer Vereine bei der Papiersammlung nicht mehr mitmacht. Das ist der FC Horw und ich frage mich, werden in diesem Fall dort auf der anderen Seite zu viele Beiträge ausgeschöpft, dass der FC Horw auf die Papiersammlung verzichten kann? Das ist Knochenarbeit, ich sehe das bei anderen kleineren Vereinen. Wie ist das? Wie kann sich der FC Horw das erlauben, sage ich jetzt mal, geht es dem finanziell so gut? Oder muss er auch keinen Beitrag für Garderoben, für ihre Gastwirtschaft zahlen, dass er dort Nebeneinnahmen hat? Wie sieht das aus?

Urs Rölli (FDP)

Offenbar haben wir jetzt die Fragestunde erweitert, aber ich versuche eine Antwort zu geben. Was der FC Horw für finanzielle Verhältnisse hat, das entzieht sich meiner Kenntnis. Der FC Horw leistet sehr gute Arbeit in der Juniorenförderung, ist sehr engagiert. Da er ein grosses Engagement in der Juniorenförderung hat, wird er entsprechend entschädigt und begünstigt von dieser Vereinsunterstützung. Dort würde ich meinen, hat jetzt das, was die Initianten verlangt haben, nämlich eine Verdoppelung der Beiträge, wahrscheinlich stattgefunden. Von dort her ist das alles korrekt und legitim.

Ruedi Burkard (FDP)

Sie machen natürlich jetzt ein anderes Fass auf. Man kann nicht auf der einen Seite verlangen, man soll die Vereine in ihren Tätigkeiten unterstützen und auf der anderen Seite nachher verlangen, sie sollen für die Benutzung der Infrastruktur dann etwas zahlen müssen. Das widerspricht für mich dem Anliegen der Vereinsunterstützung. Warum der Fussballclub auf das Papiersammeln, das Sie angesprochen haben, verzichtet, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich würde es ihnen nicht unterstellen, dass es ein finanzieller Aspekt ist, sondern es geht wahrscheinlich darum, bei dieser Anzahl Junioren dann tatsächlich auch Kinder oder Jugendliche im entsprechenden Alter rekrutieren zu können, die dann tatsächlich die Papiersammlungen auch durchführen. Ich glaube, das ist noch eine recht anspruchsvolle Aufgabe, auch wenn es darum geht, die Sicherheit von diesen Jugendlichen zu gewährleisten, welche die Papiersammlungen dann tatsächlich durchführen müssen. Das mag ein Argument sein, dass sie jetzt auf die Papiersammlung verzichten, aber wie gesagt, das ist Spekulation. Ich kann Ihnen nicht garantieren, dass es so ist, wie ich jetzt erläutert habe.

Ich kann einfach konkret sagen, dass die Kündigung seitens FC Horw stattgefunden hat, bevor das Vereinsreglement in Kraft getreten ist, also weit vorher. Man hat dann aber gesagt, weil die Kündigungsfrist 13 Monate ist, sie müssen die Papiersammlungen noch machen, d.h. sie mussten ein Jahr lang die Papiersammlungen durchführen, obwohl sie eigentlich nicht mehr wollten, und das hat mit dem Vereinsreglement nichts zu tun.

Astrid David Müller
(SVP)

Man hat damals noch gar nicht wissen können, was da für eine Summe herauskommt. Das andere, das unterstütze ich auch, sind wirklich die Sicherheitsvorkehrungen, die man einhalten muss. Da muss man genug Autos haben und es gibt viele Eltern, die sagen, es ist mir zu heikel. Ich will nicht, dass mein Kind mitmacht an so einer Papiersammlung. Auch von der Gemeinde aus haben wir nicht immer ein supergutes Gefühl, muss ich sagen, weil es doch ein Gemeindeangebot ist und letztendlich stellt sich die Frage nach der Haftung, wenn etwas ist. Von dem her gesehen ist das wahrscheinlich etwas, das mit der Zeit sicher anderweitig erledigt werden muss, unabhängig von den Vereinsbeiträgen, sondern einfach, weil man sagen muss, es ist nicht mehr so zeitgemäss, wie das manchmal abläuft. Obwohl es ein sehr ein guter Service an der Horwer Bevölkerung ist. Wenn die Real die Sammlungen macht, dann würde die Hälfte

wahrscheinlich gar nicht mitgenommen werden, wo hingegen die Vereine das Material noch zusammensuchen und halb lose Zeitungen einsammeln. Real würde das alles nicht mitnehmen.

Ich halte mich kurz. Das wegen dem FC Horw ist wirklich so gewesen und ein Jugendverein hat die Lücke gefüllt. Ansonsten hätte der FC Horw weitergemacht und das ist eigentlich alles zum Ganzen, er hat Platz gemacht. Nach den Ausführungen von Astrid David Müller hat er gekündigt und ein Jugendverein hat sich bereit erklärt, das zu übernehmen und dort kommen dann die Gelder besser zum Tragen als beim FC Horw.

Leo Camenzind (Die Mitte)

9. Interpellation Nr. 2024-776 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnende: Öffentliche Nutzung von Teilbereichen der Villa Krämerstein

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 7. März 2024 schriftlich beantwortet. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf (L20)

Ich bin sehr zufrieden und verlange trotzdem die Diskussion.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Ich danke für diese Information. Es war sehr interessant die Antworten zu lesen, weil der Krämerstein doch eine Zeitlang hier drinnen jedes Mal wieder ein Thema war, bis es jetzt ein bisschen ruhig geworden ist, dieser vermietet ist und jetzt auch die Räume und alles saniert ist. Darum auch die Nachfrage, wie sich die Nutzungsordnung dort eingefügt hat, so wie wir es hier beschlossen haben.

Leider sieht man, das ist aber auch offensichtlich dem Gemeinderat bekannt, es gab 19 Vermietungsanfragen in drei Jahren und schlussendlich hat man es in diesen drei Jahren sechsmal vermietet. Also ist auch die Ausbeute relativ schlecht, von 19 Anfragen 6 Vermietungen, und in der Nutzungsplanung hat man damals bewusst nur auf Vermietung für Trauungen, Hochzeiten und Empfänge oder kulturelle Anlässe gesetzt. Offensichtlich gibt es zu wenige Leute, die das wirklich dafür brauchen. Es ist dann wirklich gut beantwortet, indem es heisst, man muss das überarbeiten, dass man die Vermietung vielleicht ein bisschen breiter machen und auch ein bisschen mehr vermarkten kann, dass es vielleicht in ein paar Jahren, wenn man wieder einmal nachfragt, dann vielleicht ein bisschen anders aussieht. Die Ablehnung von Anfragen hat vor allem damit zu tun, dass es halt nicht den Zweck erfüllt, der in der Verordnung steht.

Aber ich danke dem Gemeinderat. Er ist bereit, dass er das anpackt, auch mit den Tarifen. Das ist dann natürlich auch noch ein Thema, das haben wir hier drin auch beschlossen, wieviel das so etwas kostet. Auch das wird der Gemeinderat anpacken und dann als Gesamtpaket vermutlich neu erarbeiten. Dann kann man in ein paar Jahren wieder schauen, wie sich das umgesetzt hat.

Ich sehe das auch so. Wir versuchen jetzt mit verschiedenen Massnahmen, das zu attraktivieren. Am Schluss muss man sicher sagen, wenn man all die Öffnungen gemacht hat, sowohl vom Zweck also auch von den Tagen her und man merkt immer noch, es ist zu wenig, dann muss man sicher bezüglich der Tarife etwas anschauen.

Astrid David Müller (SVP)

Frau Strässle, danke für die Zusammenfassung der Antwort des Gemeinderats. Ich möchte auch Ihnen danken, dass Sie das so gut zusammengefasst haben.

Leo Camenzind (Die Mitte)

10. Einfache Anfrage Nr. 2024-140 von Urs Rölly, FDP, und Mitunterzeichnenden: Versand Abstimmungsunterlagen zur Ortsplanung Horw vom 3. März 2024

Die einfache Anfrage ist vom Gemeinderat am 28. März 2024 schriftlich beantwortet worden. Gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats, Artikel 77 Absatz 3, findet keine Diskussion statt.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Verabschiedung Heike Sommer

Nun möchte ich gerne noch ein paar Worte verlieren zu unserer Heike Sommer, die heute ihren letzten Einsatz bei uns im Einwohnerrat hat. Heike hat im Jahr 2005 angefangen bei der Gemeinde Horw zu arbeiten. Das sind 19 Jahre, das ist eine lange Zeit. In diesen 19 Jahren hat sie auch ein paar spannende Entwicklungen mitgemacht. Zum Beispiel hat es am Anfang ihrer Tätigkeit im Büro noch eine Schreibmaschine gegeben und im Lauf der Zeit haben sich dann die Aktenberge immer ein bisschen weiter hin zu einer digitalen Geschäftsführung entwickelt. Auch der Einwohnerrat hat in dieser Zeit ein paarmal den Sitzungsort gezügelt. Er ist zuerst im Pfarreizentrum gewesen, nachher im Saal Egli, in der Aula und zwischenzeitlich coronabedingt, wie wir alle noch in bester Erinnerung haben, auch in der Horwerhalle.

Was auch noch spannend ist: vor Heike hat es sowohl eine Weibelin als auch eine Protokollführerin gegeben. Heike hat ja immer beides bestens gemacht. Für die Vorbereitung der Ratssitzungen habe ich jetzt ein paarmal Einsicht genommen in alte Protokolle und ich finde, es ist wirklich beeindruckend, wie tadellos verfasst diese immer gewesen sind. Es ist auch so, dass ich mich jetzt im vergangenen Jahr wirklich immer darauf habe verlassen können, dass wenn Heike etwas organisiert, das dann auch klappt. Man darf aber dabei nicht vergessen: damit immer alles klappt, braucht es eben ganz viel Arbeit und ich möchte dir, Heike, im Namen des Einwohnerrats ganz herzlich danke sagen für deinen riesigen Einsatz in den letzten zwei Jahrzehnten. Wir alle wünschen dir für deine wohlverdiente Pensionierung alles Gute und hoffen sehr, dass du den neuen Lebensabschnitt in vollen Zügen geniessen kannst.

Dann bitte ich Sie, Ihre heutigen Voten eben nicht mehr Heike Sommer, sondern zuerst einmal Maya Niederberger zuzustellen, also die E-Mail-Adresse bleibt natürlich die gleiche: antrag@horw.ch, aber es ist jetzt an Maya Niederberger gerichtet.

Termin vormerken

Dann habe ich noch eine Bemerkung. Am Freitag, 5. Juli 2024 ab 17 Uhr findet das nächste Horwer Vereins- und Firmentennisturnier statt. Wie ich gehört habe, hat die Gemeindeverwaltung schon ein paar Mannschaften gestellt und es wäre natürlich toll, wenn auch der Einwohnerrat wieder Mannschaften stellen könnte. Wenn Sie am Mitmachen interessiert sind bitte ich Sie, sich direkt bei Andy Fallet zu melden. Er ist der OK-Chef und wird das dann gerne für Sie koordinieren.

Larissa Lehner-Graf
Einwohnerratspräsidentin

Claudia Stadelmann
Protokollführerin

Versand: 21. Mai 2024